

Redaktion, Administration, Druckerei
 L. Aetwastring Fichtgasse Nr. 9-11.
 Telefon Nummern Redaktion 5753 Serie,
 Administration 7024, Inseratenabteilung 1188,
 Fräzer Redaktion Weinberge, Jungmannova 71.

Abonnement für Wien und das Inland
 Monatlich
 Zum Abholen i. Wollzeile 20, Tel. 75443.
 oder L. Fichtgasse 11 K 52,000
 Zum Abholen in den Straßen und anderen
 Wiener Verkaufsstellen K 52,000
 Bei täglicher Postversendung für Wien K 52,000
 Bei täglich einmaliger Versendung in die
 Provinz (Nr. 334 der österr. Zeitungsliste) K 52,000
 Bei täglich zweimaliger Versendung in die
 Provinz (Nr. 333 der österr. Zeitungsliste) K 52,500

Abonnement für das Ausland:
 Mit Postversendung täglich ein- zweif-
 mal mal
 Czecho-Slow. Rep. Ca. K. 23 24
 Ungarn U. K. 10,000 10,100
 Jugoslawien Dinar 60 63
 Deutschland M. K. 82,000
 Polen Poln. Mark 500. 00
 Frankreich Francs 15
 Italien Lire 20
 Bulgarien Lewas 80
 Rumänien Lei 150
 Alle übrigen Staaten Schw. Fr. 6

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Inseraten-Annahme
 In unseren Bureaus Wien, Fichtgasse Nr. 11
 (Tel. Nr. 1088), L. Wollzeile 20 (Tel. Nr. 75443),
 I., Schulerstrasse 1-3 (Tel. 71380, Kl. Ann.) und bei
 allen Inseraten-Bureaus des In- und Auslandes.
 Inserationspreise nach anliegendem Tarif.

Postsparkassenkonti:
 Wien Nr. 26.122 | Agram Nr. 40.770
 Prag Nr. 26.020 | Laibach Nr. 20.202
 Budapest Nr. 29.356 | Sarajevo Nr. 7.043
 Warschau Nr. 190.175.

Postcheckkonto Berlin Nr. 122.783.
 Konto bei der Schweizerischen Kreditanstalt,
 Zürich, der Banca Commerciale Triestina, Triest,
 und der Banca Marmarosc. Blank & Co., Bukarest.

Einzelverkaufspreise:
 Morgenblatt an Wochentagen oder
 Nachmittagsblatt am Montag
 oder nach zwei Feiertagen K 1200
 Sonn- oder Feiertagsblatt K 1500
 Abendblatt K 600

Strassenverkauf durch die Kolporteurs der Firma
 Goldschmidt L. Wollzeile 11.

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleßeser
 bezahlten Beiträge leisten wir keine Garantie.

Nr. 21233

Wien, Samstag, den 20. Oktober

1923.

Im redaktionellen Teil (Kleine Chronik, Lokalbericht,
 Theater- und Kunstnachrichten, Economik) enthaltene ent-
 geltliche Mitteilungen sind durch + kenntlich gemacht.

Die Zenerung in Deutsch- land.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 19. Oktober.

Die neue enorme Steigerung des Dollarkurses hat sofort eine neue Steigerung der Preise herbeigeführt. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit, daß von morgen ab das Brot eine Milliarde kosten wird. Die Straßenbahn, die bereits vor drei Tagen ihre Preise auf 50 Millionen erhöht hat, erhöht sie heute auf 100 Millionen. Auf dem Lebensmittelmarkt sind seit gestern die Preise um 30 bis 50 Prozent hinaufgejagt worden. Die stärkste Preissteigerung ist wie immer auf dem Fettmarkt zu verzeichnen. Butter, die eine Zeitlang ganz vom Markt verschwunden war, ist wieder zu kaufen um den Preis von 2-4 bis 2-6 Milliarden das Pfund. Schmalz kommt auf 1-9, Margarine auf 1-4 Milliarden das Pfund. Die Preise der meisten Fleischsorten haben das Milliardenniveau erreicht und zum Teil weit überschritten. Der Käuferandrang in den Markthallen vermindert sich von Tag zu Tag. Die meisten Konsumenten, die früher pfundweise gekauft haben, müssen sich jetzt mit Einkäufen von einem Viertelpfund begnügen.

Abberufung des Generals v. Loffow.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 19. Oktober.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, wird die Reichsregierung den Militärkommandanten für Bayern, General v. Loffow, abberufen. General v. Loffow hat sich gegenüber dem bayerischen Generalstaatskommissar v. Nahr in der Angelegenheit des rechtsradikalen Hebergans „Völkischer Beobachter“ nicht durchsetzen können. Die Reichsregierung hat wegen der Vorstellungen, die aus München gegen eine Abberufung des Generals erhoben wurden, diesen Schritt bisher hinausgeschoben. Auch bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstage am vergangenen Samstag hat die Abberufung Loffows eine Rolle gespielt, da die bayerische Volkspartei daraus beinahe eine Verringerung ihres Verhaltens bei der Abstimmung abgeleitet hätte. Die Reichsregierung hat aber nun diesen Schritt beschlossen, um zur Beruhigung der wegen des Vorgehens des sächsischen kommandierenden Generals Müller gegen die proletarischen Hundertkisten in Sachsen erregten Sozialdemokraten zu zeigen, daß sie auch in Bayern mit starker Hand eingzugreifen gedenke.

Ein Vertrauensvotum für das Kabinett Witos.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Warschau, 19. Oktober.

Im Sejm wurde der Regierung ein Vertrauensvotum mit 208 gegen 191 Stimmen erteilt. Die Opposition konstatiert, daß sieben Kabinettsmitglieder, die zugleich Sejmdeputierte sind, an der Abstimmung teilnahmen und für das Vertrauensvotum stimmten.

Chronikbeilage der „Neuen Freien Presse“.

„Aufmarsch am Broadway.“ von Ann
Tizia Leitich. Seite 12 und 13.

„Erinnerungen an die Oktoberrevo-
lution 1848.“ von Alois Czedit. Seite 13.

Die 33. Fortsetzung des Romans „Weib in
Flammen“. von Georg Fröschel. Seite 12.

Wahlen der europäischen Verantwortung.

Der letzte Tag vor der Entscheidung.

Wien, 19. Oktober.

Diese Wahlen sind unsere Antwort an Europa. Sie sind der Ausdruck unserer Gesinnungen gegenüber denjenigen, die uns gerettet haben. Sie werden vermerkt werden in allen Staatskanzleien, in allen Parlamenten als ein Symptom, ob Oesterreich reif ist für die Auserziehung. Es ist die europäische Verantwortung, die uns dazu zwingt, jene zu wählen, welche die Sanierung wollen, und jene abzulehnen, die sie heute noch als Hochverrat bezeichnen. Wählen heißt Gericht halten, wählen heißt das politische Gewissen sprechen lassen und den inneren Zusammenhang von Bürger und Volk, von Individuum und Nation bekräftigen. Wählen heißt Mut haben vor sich selber und vor seinen Mitbürgern. Mut haben auch im Sinne des Vertrauens, das nicht kleinlich mäkelnd, nicht diese oder jene Schwäche wirken läßt, sondern geradeaus geht, wie der Geist es ihm gebietet. Es ist die einfache gerade Linie, die Linie der politischen Sittlichkeit, die wir verfolgen müssen, die, um ein Wort von Hebbel zu gebrauchen, genau so nur um tausend Meilen überschritten werden kann, wie die Linie der Schönheit. Die gerade Linie fordert von uns, dem Werke treu zu sein, das seit mehr als einem Jahre Oesterreich heraushebt unter den Völkern und ihm Sicherheit gewährt in einer Zeit unbeschreiblichen Glends. Die gerade Linie fordert, daß wir nicht Rücksicht nehmen auf Einzelheiten, auf diese oder jene Schönheitsfehler, auf Gefahren für die Zukunft, auf entfernte Möglichkeiten und vielleicht sogar berechnete Sorgen. Wir müssen heute und jetzt entscheiden, was heute und jetzt geschehen muß. Und dieses Muß heißt: Sanierung.

Denn, sollen wir noch einmal sagen, wie es draußen aussieht und welche Stürme unser Land umtoben, den schwankenden Kahn unserer Staatlichkeit? Einige kleine Beispiele, die der Augenblick uns zuträgt: Die Stadt Barrow in Furness ist bankrott. Das lieft sich herzlich uninteressant, wird jedoch zu einer schauerlichen Katastrophe, wenn man daran denkt, daß dieser Ort Mittelpunkt ist für riesige Industrien, für das ungeheure Etablissement vonickers & Armstrong, eines der ganz großen des britischen Gewerbes. Fünfundvierzigtausend Menschen haben dort ihre Wohnstätte gehabt, ihre gute Arbeitsgelegenheit, die Möglichkeit vorteilhaften Auskommens. Heute sind es siebentausend und dieser blutige Verlust mußte

die Stadt am Leben treffen, er mußte den Bürgern die Demütigung auferlegen, den bitteren Zwang, zum Minister für soziale Fürsorge zu pilgern und ihm zu sagen: Wir können nicht mehr, wir vermögen es nicht, unsere Schulden zu zahlen. Die Gebühren laufen nicht mehr ein, du mußt uns helfen. Das ist, wie gejagt, nur eine Teilercheinung. Aber sollen wir noch erwähnen, daß das britische Ministerium die gewaltige Summe von fünfzig Millionen Pfund, das sind fünfzehn Billionen Kronen, für die Beschäftigung der Arbeitslosen widmet, die im Winter um Hunderttausende sich vermehren dürften. Sollen wir berichten, daß die große Industrie von Lancashire, der Stolz von England, eine Weltmacht ersten Ranges, seit Tagen Beratungen abhält, ob man zurückkehren solle zur Zentrale und zur Kriegsregulierung, nur damit nicht der völlige Untergang den Einzelnen zu Boden werfe? Sollen wir darauf verweisen, daß Deutschland vor der Gefahr des Auseinanderbrechens ist, wie Polen, ebenfalls in den Wirbel hineingezogen, von Tag zu Tag sein Leben fristet ohne Anleihe und ohne Sicherheit des Geldwertes? Wie unser nächster Nachbar, Ungarn, auf den Zimmermann wartet und förmlich die Zeiten ersehnt, wo es die Kontrolle bekommt, die schützende Gewalt über seine Staatsfinanzen, damit es dem Währungsstod entfliehe und dem Grauen des wirtschaftlichen Unterganges.

So müssen wir die Hand über die flackernde Flamme halten und den Luftzug abwehren, der sie verlöschen könnte. Wir müssen handeln wie Menschen, die dem Tode entgangen sind und nunmehr knapp am Ufer die Brandung sehen, die noch immer zum Felsen den Schaum hinaufspritzt. Wie sollen wir die Sanierung verteidigen? Welcher Partei gebührt unsere Stimme? Wir werden durch keinerlei Schlechtigkeiten, durch keinerlei Lüge und persönliche Verunglimpfung, durch keinerlei politische Niedrigkeiten unser Urteil über die Sozialdemokratie beeinflussen lassen. Dieses Urteil geht dahin, die sozialdemokratische Partei ist notwendig als Vertreterin einer Schichte von Millionen und sie hat Talente, die Beachtung verdienen. Aber bei diesen Wahlen muß das Bürgertum dieser Gruppe gegenüberreten, es muß ablehnen, zusammenzugehen mit Menschen, die eine so vollkommene politische Farbenblindheit haben, es muß sich rüsten wider jene, die sich so gänzlich selber ausgeperrt haben von der politischen Vernunft und der politischen Mäßigung. Das Bürgertum ist zu sehr gefährdet und es hat zu viel zu verlieren, als daß es sich Ausflügel und Nebenwege leisten könnte, seltene Extravouren, die vielleicht bei anderen Gelegenheiten möglich wären. Die europäische Verantwortung für Stabilität und für den Wohlstand von Oesterreich, für das Gedeihen der Volkswirtschaft und für die Ruhe unseres Lebens zwingt uns, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen und ihre Taktik abzulehnen.

Das heutige Morgenblatt enthält:

„Juristenzeitung“: „Das Denkmal-
schutzgesetz und die richterliche Gewalt.“
von Dr. Edmund Benedikt. „Erfüllungs-
sabotage.“ Eine Erwiderung von Rechtsanwalt
Dr. Otto Haemmerle. Seite 17 und 18.

Feuilleton.

Kunstaustellungen.

Ein Gegenstück zu der Schausstellung älterer Wiener Malerei, wie sie jetzt in der „Sezession“ geboten wird, ist der Ueberblick über die neuere tschechische Kunst, die der Prager Künstlerverein „M a n e s“ in den Sälen des „Hagenbundes“ zu gleicher Zeit vorführt. Wir sagten: neuere tschechische Kunst; eigentlich gibt es keine ältere, mindestens keine solche, die man als eine nationale bezeichnen könnte. Gewiß gab es vor 50 Jahren und noch weiter zurück einzelne tschechische Künstler von mehr als durchschnittlicher Begabung. Allein diese bildeten sich zumeist im Ausland, und pflegten auch dort zu leben. So der bedeutendste unter ihnen, Jaroslav C z e r m a k (1831 bis 1878), der wohl seine ersten Lehrjahre in Prag (an der damals deutschen Akademie unter Christian Ruben) absolviert hatte, aber dann nach Antwerpen und später nach Paris ging, in welcher Stadt er sich auch dauernd niederließ. Auch die Späteren, der anfangs Missionar, dann Munkachy nachstrebende B. Projik,

Hynais, der brillante Illustrator Marold, der renommierte Plakatzeichner Mucha — sie alle waren als Künstler wie als Menschen in Paris zu Hause. Der durch seine stimmungsvollen Kohlenzeichnungen bekannte Landschaftler Julius M a r a k lebte in Wien, bis er, weit über 50 Jahre alt, als Professor nach Prag berufen wurde. Benes K n ü p f e r, dessen Seestücke mit Nixenstaffage viele Bewunderer fanden, hatte sich in Rom angesiedelt. J e n e w e i n und H. S c h w a i g e r, waren in ihrer Malerei so deutsch wie ihre Namen, obwohl sie sich als Tschechen fühlten; der erstere, ein Schüler Trenekwalds, etwa an den strengen Nethel gemahnend, der zweite durchaus an Dürer und die deutschen Gotiker anknüpfend. Dann war noch J e n i s e k da, der Motive aus der heimatischen Sagenwelt in großem Format, aber in etwas süßlich-geleiteter Art, ein tschechischer Paul Thumann, behandelte. Ja selbst J o s e f M a n e s (1821 bis 1878), der als Begründer der tschechischen Nationalkunst gilt, war ein Schüler Christian Rubens und hatte sich später in München ausgebildet. Seine Malerei ist nur infolgedessen national, als er seine Stoffe dementsprechend wählte. Ähnliches gilt von seinem Vater Anton, der bis in die vierziger Jahre in Prag als Professor an der dortigen Akademie lebte, von seinem Bruder Guido, der ein Schüler des Düsseldorfers Bautier war, und von seinem Oheim Wenzel, der sich den Nazarenern angeschlossen hatte.

Seit einem Vierteljahrhundert etwa macht sich jedoch in der tschechischen Kunst immer deutlicher eine Note bemerkbar, die man als eine nationale ansprechen könnte; ein in Paris geschulter feiner Farbensinn verbindet sich mit einer gewissen urwüchsig bäuerlichen Derbheit der Formen und mit einem Hang zur Romantik. Man kann eine Ueber-

Papier Tanniche

hervorragend in
Schönheit und Qualität

OPENDI

Aber unsere Gesinnung, die Gesinnung dieses Blattes, die seit sechzig Jahren sich gleich geblieben ist in allen Fährlichkeiten und in allen Wendungen des politischen Lebens, gebietet uns noch mehr. Wir wissen, daß wir keine Triumphe zu erwarten haben und daß unsere Klage nicht gehört werden wird auf dem Topmast des Schiffes. Aber wir können vor unserem eigenen Gewissen und in Erinnerung an Generationen politischer Führer nicht anders, als den Wählern sagen: Das wahre Mittel zum Schutze der Sanierung ist die Wahl freisinniger Bürger, die Wahl, die eine Befreiung von den schweren Irrtümern der Vergangenheit bedeutet und zugleich eine Sicherung gibt gegen Revolution und Reaktion. Wir müssen daran denken, daß auch nach der Sanierung Politik zu machen ist und daß dann die alten parteiischen Tendenzen wieder aufleben, daß Koalitionen entstehen können, ein Zusammengehen der wilden politischen Feinde mit dem Zwecke, das Bürgertum gänzlich auszupressen und seine Rechte zu verwalten. Immerdar bleibt der Merkmalismus abzulehnen und es wäre grotesk und abnormal, es wäre ein bitterer Schicksalsschlag für Oesterreich, wenn all die tausend und tausend begabten und schöpferischen Menschen, die frei sind in ihrem Innern und ungebunden durch Klassenhaß und Klassenhaß ohne Vertretung blieben. Der morgige Tag ist nicht nur ein Gerichtstag unserer Verantwortung vor Europa, er ist auch ein Entscheidungstag für das Bürgertum und für die Produktivkraft von Oesterreich. Wählet bürgerlich und freisinnig!

Wer trägt die Lasten der Sanierungsaktion?

Kast zur Gänze das Bürgertum.
Von einem hervorragenden Fachmann.

Wien, 19. Oktober.

Das große Werk der Sanierungsaktion, das Bundeskanzler Seipel im vorigen Jahr in Angriff genommen hat, ist ein Werk des österreichischen Bürgertums und der österreichischen städtischen Bevölkerung. Schon daß Kredite an Oesterreich gewährt wurden, war, wie wohl niemand bezweifeln kann, in erster Linie eine Folge des Vertrauens, dessen sich die österreichische Geschäftswelt im Auslande erfreut. Jedermann weiß, daß die Verbindungen zwischen der österreichischen Regierung und den Finanzmächten des Westens, die die Kredite gewährt haben, durch die Wiener Banken angeknüpft wurden und niemals sollte man, wenn man von den Krediten spricht, den Namen Rosenberg vergessen, jenes Mannes, der das größte Verdienst hatte bei dem Zustandekommen der Völkerbundhilfe für Oesterreich.

Die Steuern, die zum Zwecke der Stilllegung der Notenpresse neu geschaffen oder erhöht wurden, ruhen durchaus auf den Schultern des Bürgertums. Die bäuerliche Bevölkerung hat schon vor dem Kriege zu den Staatslasten wenig beigetragen; ihr Beitrag zu den Staatslasten ist heute, da sie an politischer Macht gewonnen hat, noch viel geringer geworden. Die Grundsteuer und die Hausklassensteuer sind lange nicht in dem Ausmaße erhöht worden, das der Geldentwertung und dem gestiegenen Reichtum der bäuerlichen Kreise entsprechen würde. Und die neuen Steuern vor allem die Einkommensteuer sind durchwegs die bäuerliche Bevölkerung. Selbst die Fürsorgeabgabe wird für die Landbevölkerung in einer Weise pauschaliert, die de facto einem 70prozentigen Steuernachlaß gleichkommt.

Die breiten Schichten der städtischen Arbeiterbevölkerung haben vor dem Kriege ihren Beitrag zu den staatlichen Lasten hauptsächlich in der Gestalt der indirekten Abgaben geleistet. Auch die indirekten Steuern sind heute im Vergleich zu den anderen Steuern an Bedeutung außerordentlich zurückgegangen, da die Erhöhung ihres Ausmaßes mit der Geldentwertung nicht Schritt gehalten hat.

Auf der anderen Seite aber wurde das Ausmaß der direkten Steuern, die die städtisch-gewerblichen Unternehmer zu tragen haben, ganz beträchtlich über das Ausmaß des Friedens hinaus erhöht. Nicht nur das Einkommen und der Ertrag werden heute in Oesterreich von den höchsten Steuersätzen, die Europa kennt, erfaßt. Wir haben auch Vermögenssteuern, die weitaus höher sind als in jedem anderen Lande. Eine Vermögenssteuer ist zum Beispiel heute die Wertzuwachsabgabe, da sie den durch die Geld-

entwertung bewirkten gestiegenen Gelddruck der Bodenwerte als echten Gewinn ansieht und als solchen mit hohen Steuersätzen erfaßt. Aber auch die Einkommensteuer wirkt sich heute, seit die Bestimmung über die Nichtbesteuerung der „Gewinne“ aus der Veräußerung von Vermögensobjekten beschränkt wurde, als Vermögenssteuer aus. Denn diese Gewinne, die hier versteuert werden, sind nicht echte Gewinne, sondern Scheingewinne; es sind in Wahrheit Vermögensbestandteile, die fortgesteuert werden.

Die neu eingeführten Steuern aber belasten nahezu ausschließlich das Bürgertum. Man denke nur an die Fürsorgeabgabe. Unlängst wurde hervorgehoben, daß die Gemeinde Wien 26 neue Steuern eingeführt habe. Wir haben die Zahl der neuen Steuern nicht nachgezählt. Aber eines kann man mit größter Bestimmtheit feststellen. Unter allen diesen Steuern befindet sich keine, die nicht eine steuerrechtliche Prägravierung des Bürgertums bedeuten würde. Wenn in den Klassen der Gemeinde Wien heute Geldfülle herrscht, so ist das den reichlichen Steuereingängen zuzuschreiben, die das Bürgertum aufgebracht hat. Es ist nicht schwer, Steuererlasse zu erlassen und Steuern auszusprechen. Aber es ist außerordentlich schwer, die Gelder zu verdienen, die notwendig sind, um die Steuern zu zahlen. Diese Leistung hat die österreichische Bourgeoisie vollbracht, dieselbe Bourgeoisie, die Otto Bauer nicht müde wird, eine „recht schmutzige jüdische Bourgeoisie“ zu nennen.

Wie sollen wir Frauen wählen?

Von Ernestine Fürth.

Wien, 19. Oktober.

Seit den Tagen des Umsturzes, durch den die Frauen Oesterreichs in den Besitz der lang erstrebten politischen Gleichberechtigung gelangten, sind fünf Jahre verflossen. Zum drittenmale in diesem Zeitraum sollen nun die Bürger und Bürgerinnen unserer Republik ihr Wahlrecht ausüben. Der plötzliche Übergang von gänzlicher politischer Rechtlosigkeit zu voller staatsbürgerlicher Berechtigung kam der Mehrzahl der bürgerlichen Frauen allzu unvermittelt und überraschend. So war es nur natürlich, daß bei den ersten Wahlen gerade in den Reihen der bürgerlichen Frauen eine gewisse Unsicherheit herrschte, für welche der stimmenwerbenden Gruppen die Entscheidung zu fallen habe.

Die abgelaufenen fünf Jahre haben aber den Frauen reichlich Gelegenheit geboten, die bis dahin veräuserte politische Schulung nachzuholen. Die Ereignisse, die sich abgepielt, die wirtschaftlichen Katastrophen, die wir durchgemacht, sie müssen auch die politische Teilnahmslosigkeit zur Befinnung gebracht haben. Wir bürgerlichen Frauen, die wir unser eigenes Wirtschaftsprogramm, unser besonderes Kulturprogramm zur Verwirklichung bringen wollen, wir müssen erkennen, daß es nur eine Partei gibt, mit deren Hilfe wir unser Ziel erreichen können.

Die gefühlsmäßigere Einstellung der Frau bringt es mit sich, daß ihr Interesse sich in erster Linie kulturellen und ethischen Fragen zuwendet. Es ist daher sehr naheliegend, daß auch viele bürgerliche Frauen, von dem Kulturprogramm der Sozialdemokratie angezogen, für diese Gruppe einzutreten bereit sind. Aber kultureller Fortschritt kann nur gelingen, wenn wirtschaftliche Ordnung herrscht, wenn die ökonomischen Grundlagen unseres Gemeinwesens gesichert sind. Welches Unheil die margistische Wirtschaftspolitik anzurichten vermag, das haben die misglückten Sozialisierungsversuche der letzten Jahre genugsam aufgezeigt. Wir Frauen, die einem bürgerlichen Milieu entstammen, den Wert und die Bedeutung des Bürgertums als Träger überlieferter Geisteskultur schätzen, können nicht für eine Partei eintreten, deren wirtschaftliche Tendenzen wir nicht billigen und deren oberster Grundsatz, die Idee des Klassenkampfes, unserer Forderung nach Zusammenarbeit aller Klassen widerspricht.

Die bedeutsamste Arbeit, die unsere Volksvertretung in der nächsten Arbeitsperiode zu bewältigen hat, ist die Durchführung des begonnenen Sanierungswerkes. Wir Frauen wollen endlich wieder geordnete wirtschaftliche Verhältnisse im Staatshaushalte wie im Einzelhaushalte einkehren sehen, wir wollen die wirtschaftliche Gesundung für unser Volk herbeiführen helfen. Um die Ver-

wirklichung dieser Forderung nach wirtschaftlicher Sanierung haben sich die christlichsozialen und die großdeutsche Partei angeschlossen. Die ersten Verdienste erworben und die Durchführung ihres Programms bietet uns die Aussicht auf eine durchgreifende Besserung. Können wir fortschrittlichen Frauen aber für diese Parteien eintreten? Wollen wir jenen helfen, die nationale und konfessionelle Unlösbarkeit predigen, die durch überhöhten Chauvinismus uns jederzeit wieder in kriegerische Verwicklungen stürzen können, die an Stelle des Klassenkampfes den Massenkampf herbeiführen wollen, die den Grundsatze der Unlösbarkeit der katholischen Ehe nicht aufgeben, die durch Wiedereinführung des Zölibats für Lehrerinnen und Beamtinnen uns Frauen das Recht auf freie Berufstätigkeit rauben wollen, die uns das Brot verteuern, weil sie ihre Hand schützend über die Landwirtschaft halten? Nein, und tausendmal nein, für diese Parteien können und wollen wir nicht stimmen.

So bleibt uns denn als einzige Möglichkeit der Anschluß an jene Partei offen, die einerseits unserem kulturellen, andererseits unseren wirtschaftlichen Forderungen Genüge zu leisten verspricht, die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei. Nur diese Partei ist es, deren Programm sich mit dem Programm der Frauen in allen wesentlichen Punkten deckt. Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ist, daß die demokratische Partei, die Schwägerorganisation im deutschen Reich, zu ihren eifrigsten Mitarbeiterinnen und Abgeordneten die Führerinnen der deutschen Frauenbewegung Gertrud Bäumer und Elisabeth Lüders zählt. Wir wollen nicht leugnen, daß auch die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei gerade in ihrem Verhalten den Frauen gegenüber manche Fehler und Unterlassungssünden begangen hat. Aber Sache der Frauen ist es, hier Wandel zu schaffen. Wenn wir unseren Einfluß auszuüben verstehen, wenn wir als einige und geschlossene Frauengruppe in die Partei eintreten, dann wird es keiner besonderen Kraftanstrengung bedürfen, um uns den nötigen Einfluß zu erobern.

Der oft erhobene Einwand, daß die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei zu klein sei, um bei den Wahlen Erfolg zu haben, daß die für sie abgegebenen Stimmen doch verloren seien, kann uns Frauen nicht schrecken. Wir sind gewohnt, für Ideen zu kämpfen, die im Anfang wenig Aussicht auf Erfolg boten und deren Verwirklichung wir dennoch erreicht haben. Wie viel aber auch ein einzelner Abgeordneter im Parlament zu leisten vermag, das hat die politische Tätigkeit unseres verehrten Freundes Dr. Osner bewiesen.

Wenn wir Frauen unsere oft erprobte Fähigkeit und Werbekraft in den Dienst dieser Partei stellen, zu der wir unserer Überzeugung nach gehören, dann werden die Stimmen, die für diese politische Gruppe abgegeben werden, dazu dienen, im neuen Parlament dem städtischen Bürgertum eine Vertretung zu sichern, die groß genug ist, um in entscheidenden Fragen den Ausschlag zu geben. Darum müssen wir bürgerlichen Frauen am Wahltag für Nationalrat und Gemeinderat unsere Wahlkraft ausüben und den Stimmzettel abgeben für die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei!

Die Wahlausichten in Kärnten.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Klagenfurt, 18. Oktober.

Von den mannigfaltigen und oft sehr verschiedenen Wahlbildern, deren Beobachtung eine Reise durch die Bundesländer jetzt erdemlicht, ist jenes, das Kärnten heute bietet, sicherlich das interessanteste. Das gilt zunächst rein äußerlich genommen. Kärnten steht im Zeichen des Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien, und diese Einheit der Wahlfront mußte natürlich auch die Mittel der Wahlpropaganda vereinheitlichen. Kärnten hat seine eigenen Wahlplakate, die zum großen Teil auch den lokalen Gegebenheiten der letzten Monate und Wochen angepaßt sind, und während man sonst in den Ländern fast ausschließlich den gleichen bildlichen Darstellungen begegnet, die in Wien die Planklanken bedecken, trifft man in Kärnten überall Eigenes und Originales. Auch die anderen Formen der Wahlagitacion zeigen viele Verschiedenheiten gegenüber denen anderer Länder. In den Wählerversammlungen der bürgerlichen Parteien treten immer die Redner aller drei Gruppen auf, die sich zur Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie vereinigt haben, und man ist in den meisten Fällen sogar ängstlich darauf bedacht, auch hier jene Reihen-

sicht über diese Entwicklung in der „Modernen Galerie“ zu Prag gewinnen. Das Gebäude, in welchem diese Sammlung untergebracht ist, liegt in schöner ländlicher Umgebung in der Vorstadt Baumgarten; es ist übrigens — dies mag als pikante Reminiscenz angeführt werden — eine Stiftung des Kaisers Franz Josef (das berühmte Wort „Danke vom Hause Habsburg“ dürfte mit der Zeit ein Gegenstück erhalten — „Danke dem Hause Habsburg!“) und enthält eine schon sehr beträchtliche Anzahl charakteristischer Werke älterer wie neuerer Kunst, darunter freilich auch manches Schwache, dessen Auswahl vermutlich mehr von politischen als von künstlerischen Rücksichten diktiert worden ist.

Der Wiener „Hagenbund“ ist bald nach seiner Gründung mit den tschechischen Künstlern, insbesondere mit dem bedeutendsten Prager Künstlerverein, der sich den Namen des in seiner Heimat angesehensten Malers, „Manes“, gegeben hat, in Verbindung getreten und so sind uns viele der jetzt in der Bedlitzgasse vorgeführten Künstler gute alte Bekannte. So die feinen Koloristen Hudecek, Boettinger, Jan Preisler, Antonin Slavicek (die letzten beiden in jüngster Zeit verstorben); unter den Plastikern Myslbek und Stursa (von dem der hier ausgestellte fallende „Verwundete“ ein statisches Virtuosenstück ersten Ranges ist), nicht minder die ausgezeichneten Graphiker J. S. Stretti-Jamponi (der ein wenig an unseren Kasimir erinnert), Simon, Vondrouš, Silovský (über den in der letzten Nummer der „Graphischen Künste“ ein ausführlicher Aufsatz von Doktor Anton Reichel, dem Rufos unserer „Albertina“, mit zahlreichen Bildbeigaben erschienen ist); vor allem aber Max Svabinský, der eigentlich eine Klasse für sich repräsentiert und sicherlich zu den bedeutendsten Graphikern

der Gegenwart gehört. Letzter hat er sich diesmal nur von einer Seite gezeigt, als Künstler des Holzschnittes. Das Porträt von J. Manes, der „Goldene Abend“, der „Augustmittag“ und das dritte Blatt aus einer Folge, die er „Paradiessonate“ nennt, sind Meisterstücke von höchstem Rang in kompositioneller, formaler und technischer Hinsicht, modernes Barock im besten Sinne — um dieses geht so vielfach mißverständene, von Dilettanten als Aushängeschild mißbrauchte Wort einmal an der richtigen Stelle zu nennen. Das Porträt von Masaryk ist schwach.

Unter den Malern ist an allererster Stelle Recheba hervorzuheben. Die beiden Porträts, etwa in der Art des Bonnat oder ähnlicher Pariser Bildnismaler gehalten sind frappant aufgefaßt, technisch vollendet, überaus geschmackvoll, dabei von einer Wucht, die etwas Hinreißendes hat. Dann wären noch die Holzschnitte von Karel Blk zu nennen, der seinem Meister Svabinský alle Ehre macht. Die sonstigen bemerkenswerteren Erscheinungen auf dem Gebiete der neueren Malerei und Plastik haben wir in unserem ersten Bericht bereits verzeichnet.

Der Zusammenbruch der deutschen Währung hat bereits die Folge gezeitigt, daß eine bekannte, in mehreren deutschen Großstädten angesiedelte Kunsthandlung, die Firma Flechtheim, jetzt ihre Bestände an expressionistischer Ware nach dem bisher so verachteten Wien schickt. Diese Ausstellung ist im Kunstsalon Würthle (Weihburggasse 9) zu sehen. Es sind zumeist in Paris lebende Maler, die hier, wenn schon nicht mit bedeutenden Werken, doch mit Proben oder Bröckchen ihres Schaffens vertreten sind, darunter sehr berühmte, wie zum Beispiel Picasso, Derain, Braque, Maf-

reel, Matisse und andere. Wir nennen sie berührt, weil man ihre Namen in Fachzeitschriften und Berichten über moderne Ausstellungen stets an erster Stelle genannt findet. Einen anderen Grund für diese Berühmtheit vermögen wir allerdings nicht aufzufinden. Im übrigen ist es bezeichnend, daß diese Art „Kunst“ bisher eigentlich nur in Deutschland, vor allem in Berlin, Schärer und Käufer gefunden hat und daß ihr mit dem deutschen Debakel geradezu der Nährboden entzogen wird. Es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Ware in Paris, wo die ferriösen Kenner und Sammler von dergleichen so gut wie keine Notiz nehmen, lediglich für den Export hergesteltt wird und daß es außer einigen nordischen Interessenten fast durchwegs deutsche Händler, Museumsvorstände und Sammler sind, die sich damit befassen. Ich kann es mir hier nicht versagen, eine Stelle aus einem Brief von Theodor Fontane zu zitieren, den er im Jahre 1879 an Anton v. Werner geschrieben hat. „Die Hauptsache ist, die klugen und pfliffigen und in vielen Stücken wirklich begabten Berliner sind unbegabt in Sachen der Kunst. Sie haben keinen Geschmack, sie können gut von schlecht nicht unterscheiden, und deshalb sind sie bei aller Großmütigkeit in Kunstfachen feige, gänzlich unselbständig und springen dem Vor- und Nachhangel nach.“ Damit ist so ziemlich alles erklärt, und zwar von einer Seite, der man weder das Verständnis für Kunst noch das Verständnis für das Berlinertum absprechen kann. Und noch eine andere Briefstelle möchte ich anführen; sie ist in einer etwa dreißig Jahre alten Epistel zu finden, die Billroth an seinen Freund Hanslich gerichtet hat; er spricht von einer italienischen veristischen Oper, wie sie damals nach der „Cavalleria“ überall auftauchten: „Manches darin klingt mir geradezu widerwärtig; daß man sich an jede

folge einzuhalten, welche die Parteien in der Wahlliste einnehmen. Für den Nationalrat kandidiert als Listenführer ein Vertreter der christlichsozialen Partei, ihm folgt ein Landbündler, an dritter Stelle steht der Wahlwerber der großdeutschen Partei, und der Vierte der Liste ist wieder ein Christlichsozialer. Bei den Wahlen in den Landtag nimmt der Bauernbund die erste Stelle ein.

Die politischen Verhältnisse in Kärnten muten, wenn man die letzten Wahlziffern als Grundlage einer Uebersicht annimmt, eigentlich bejweifelnd an. Das Land mit seiner vorwiegend agrarischen Bevölkerung und seiner nicht über-großen Industrie war perzentuell viel stärker sozialdemokratisch vertreten als andere Wahlkreise, und die Sozialdemokraten verfügten nicht nur im Nationalrat über vier von den neun Wahlmandaten, sie waren im Landtage die stärkste Partei und hatten hier mit den zwei slowenischen Mandaten zusammen sogar die absolute Mehrheit. Ihre rückwärtslose Politik in der Landtagsstube hat den ersten Anstoß zu einer Koalition der bürgerlichen Parteien gegeben, und es mag für die Verhältnisse in Kärnten immerhin bezeichnend sein, daß die Nationalsozialisten dort ihren Salzburger Beschluß auf Wahlenthaltung mit Zustimmung ihrer Parteileitung aufgehoben und die Unterstützung der Einheitsliste beschlossen haben. Den stärksten Einfluß auf das Zustandekommen der Einheitsliste mag aber die Kärntner Heimwegbewegung ausgeübt haben, die alle bürgerlichen Parteien einfach zur Einheitsfront zwang. Das große Kärntner Heimatschutzfest, das in der letzten Septemberwoche in Klagenfurt stattgefunden hat und mehr als 50.000 Teilnehmer vereinigte, ist eine Kraftprobe dieser Organisation gewesen, die sicherlich nicht unterschätzt werden darf. Sie hat den Beweis erbracht, daß die Politik der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit heute den schärfsten Widerstand in allen Schichten des Bürger- und Bauertums findet, und es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß der neue Landtag in seiner parteimäßigen Zusammenfassung ein wesentlich anderes Bild zeigen wird als bisher. Die Sozialdemokraten haben die Ausichtslosigkeit dieses Wahlkampfes selbst erkannt, und der bisherige Landeshauptmann von Kärnten kandidiert jetzt für den Nationalrat, während für den Landtag der derzeitige Präsident des Landtages, Lukaš, als Listenführer fungiert.

Die Zahl der kärntnerischen Nationalratsmandate ist nach der neuen Wahlordnung von neun auf zehn erhöht worden. Die Koalition der bürgerlichen Parteien rechnet damit, daß von diesen zehn Mandaten mindestens sechs, möglicherweise aber auch sieben Mandate ihr zufallen. Der sechste in der Liste ist der Generalsekretär des kärntnerischen Industriellenverbandes Oberst a. D. Klimann, der sich der großdeutschen Partei anschließen wird, der siebente der Sekretär der christlichsozialen Partei in Kärnten Dr. Leo Stöger. Die übrigen Kandidaten gehörten auch bisher dem Nationalrate an.

Listenführer der bürgerlichen Einheitsliste für den Landtag ist der jetzige Landeshauptmannstellvertreter Schumy, der seinerzeit auch als Experte bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain war und für die Stelle des Landeshauptmannes ausersuchen ist. An den Wahlen in den Landtag beteiligen sich auch die Nationalsozialisten mit ihrer eigenen Liste und die Slowenen, die im Jahre 1920 über 9000 Stimmen aufgebracht haben. R. W. P.

Ein neuer Schritt Deutschlands bei der Reparationskommission.

Ansuchen um Prüfung von Deutschlands Leistungsfähigkeit.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Oktober.

Eine der Regierung nahestehende Persönlichkeit erklärte Ihrem Korrespondenten:

Wir haben alles getan, um die Forderungen Poincarés zu erfüllen. Wir haben den passiven Widerstand aufgegeben, wir haben die Regierungsverordnungen aufgehoben, die auf ihn Bezug hatten, haben die finanziellen Unterstützungen der Unternehmer und Arbeiter im Ruhrgebiet eingestellt, haben den Eisenbahnern geraten, sich zur Uebernahme des Dienstes bei den Franzosen zu melden, und anderes mehr. Alles, alles war vergeblich. Poincaré verlangt, daß wir den Zustand im Ruhrgebiet wiederherstellen, wie er im Januar vor dem Einmarsch der Franzosen bestanden hat, und daß

wir die Finanzierung der Sachlieferungen wieder aufnehmen. Wir sind auch bereit, diese Zahlungen zu leisten. Aber um die Zahlungen zu leisten, müssen wir arbeiten, und Poincaré lehnt es kategorisch ab, mit uns über die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln.

Es bleibt uns also nichts übrig, als den Unternehmern sowohl wie den Arbeitern zu sagen, daß sie sich mit den Franzosen auseinandersetzen sollen. Reichsfinanzminister Doktor Luther ist heute nach dem Ruhrgebiet abgereist und wird dort Unternehmern und Arbeitern diesen Rat geben, der übrigens bereits Abordnungen aus dem Ruhrgebiet während der letzten Tage in Berlin erteilt worden ist. Wir haben den Unternehmern gesagt: „Ihr könnt mit den Franzosen abmachen, was Ihr wollt, auch über die Sachlieferungen, nur eines erklären wir von vornherein: wir können es nicht übernehmen, eure Lieferungen zu zahlen.“ Was jetzt im Ruhrgebiet geschehen wird, wissen wir nicht. Was immer kommen möge, wir können es nicht hindern. Wir zahlen in diesen Tagen die letzten Unterstützungen im Ruhrgebiet. Wir können dann weder für die Ernährung der Arbeiter sorgen, noch dafür, daß die Unternehmer ihre Betriebe in Gang bringen. Die Unternehmer können ihre Arbeiter nur bezahlen, wenn sie ihre Produkte absetzen, und daran sind sie verhindert, solange die französische Regierung sich weigert, über die Wiederherstellung geordneter Zustände im Ruhrgebiet mit uns zu verhandeln. Die nächsten Folgen werden Arbeiterentlassungen in großem Maßstab sein. Sie sind bereits angeordnet und werden in den nächsten Tagen erfolgen. Was dann kommen wird, Elend, Hunger, Revolten, für alles trägt Herr Poincaré die Verantwortung.

Wir haben, wie gesagt, auch den Eisenbahnern geraten, sich zur Wiederaufnahme des Dienstes bei den Franzosen zu melden. Den Eisenbahnern, die sich gemeldet haben, sind unerfüllbare Bedingungen gestellt worden. Einer Anzahl von Eisenbahnern beispielsweise, die sich bei einer der französischen Stellen im Rheinland gemeldet haben, ist gesagt worden, sie könnten nur wieder eingestellt werden, wenn sie eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich verpflichten, für die Schaffung eines unabhängigen Rheinlandes einzutreten und wenn sie einen bestimmten Betrag zahlen, der für die Propaganda zugunsten der Schaffung eines unabhängigen Rheinlandes verwendet werden soll.

Wir werden noch einen Schritt bei der Reparationskommission tun. Der Artikel 234 des Vertrages von Versailles, der bestimmt, daß die Reparationskommission von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen soll, gibt uns dazu die Möglichkeit. Herr Poincaré will uns auch verbieten, uns an die Reparationskommission zu wenden. Er erklärt, sie werde nicht

cher eine Sitzung abhalten, als bis wir seinen Forderungen entsprochen haben, und spielt sich so auf, als habe er allein über die Reparationskommission zu verfügen. Wir werden uns darum nicht kümmern und werden unter Berufung auf Artikel 234 die Reparationskommission ersuchen, unsere Leistungsfähigkeit zu prüfen.

Wenn auch dieser Schritt vergeblich bleibt, können wir nichts weiter tun. Wir müssen dann Rheinland und Ruhrgebiet zunächst der Gewaltherrschaft der Franzosen überlassen, die nun natürlich auch die Sorge für die Ernährung der Bevölkerung übernehmen müssen, und wir müssen uns darauf beschränken, in den übrigen Teilen des Reiches, in Sachsen und Bayern, Ordnung zu schaffen. Wir haben alles getan, was in unserer Macht stand. Wir waren sogar bereit, den Botschafterposten in Paris zu besetzen. Daß diese Frage bisher nicht gelöst ist, ist nicht unsere Schuld. Unter den gegebenen Verhältnissen ist natürlich eine Besetzung des Botschafterpostens in Paris nicht zu denken.

Streik der Berliner Börsenmakler.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Oktober.

An der heutigen Effektenbörse ereignete sich ein Vorfall, der selbst in dieser abnormalen Zeit ganz ungewöhnlich ist und allgemeine Unzufriedenheit unter den Beteiligten auslöste. Die beeideten Makler haben sich geweigert, die variablen Kurse zu notieren, weil der Börsenvorstand angeordnet hatte, daß die Makler für ihre Aufgaben auch materiell einzustehen haben. Infolge der zahlreichen Insolvenzen während der letzten Tage sind die Makler mit der Lieferung von Stücken in Verlegenheit geraten. Da sie an erste Firmen die verkauften Waren nicht liefern konnten, sind daraus für die Makler ungewöhnlich große Verluste entstanden, die bei den jetzigen Kursen in die Billionen gehen. Die vereinigten Makler stehen auf dem Standpunkte, daß sie als Staatsbeamte lediglich den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu vermitteln haben und daher materiell nicht für Verluste eintreten können, die ohne ihr Verschulden entstanden sind. Allein durch den großen Andrang der Käufer haben die Makler ohnedies mit Fehlerquellen zu rechnen, aus welchen bereits jetzt außerordentlich große Verluste erwachsen. Darüber hinaus lehnen sie jede Verantwortung für die Aufgaben ab. Im Frieden war es den Maklern gestattet, den Ultimoverkehr von Firmen, welche nicht erstklassig waren, abzulehnen. Aber jetzt, im variablen Geschäft, das als Ersatz für das Ultimogeschäft dient, waren die Makler verpflichtet, für ihre Aufgaben acht Tage hindurch einzustehen, und bisher haben sich auch keine Unzuträglichkeiten ergeben. Erst jetzt, wo die Insolvenzen sich einstellen, sind auch den Maklern Verluste erwachsen. Nunmehr fordern sie, daß sie von der Haftpflicht befreit werden, da Verluste hieraus entstehen können, die weit über die Kräfte der Makler hinausgehen. Besonders da auch besorgt wird, daß die bisherigen Insolvenzen noch weitere Kreise ziehen werden.

Es wurde eine Abordnung zum Handelsminister entsendet, der die Frage entscheiden sollte, jedoch lehnte auch er eine sofortige Entscheidung ab, und somit bleibt der Konflikt noch ungelöst. Jedoch haben sich die Makler durch gütliche Vereinbarungen mit dem Vorstande bereit erklärt, heute die Kurse zu notieren, und so gab es in der zweiten Börsenstunde auch variable Kurse, die im allgemeinen 100 bis 150 Prozent über dem Werte der letzten Notierung lagen. Eine Vereinbarung wird jetzt auf der Grundlage gesucht, daß die Makler für ihre Aufgaben persönlich einzustehen haben, daß aber eine Liste der nicht erstklassigen Firmen eingereicht wird und daß sie solche Firmen ablehnen dürfen. Es würde sich hierbei um anderthalb Duzend nicht erstklassiger Bankfirmen handeln.

Bayern gegen v. Lossows Maßregelung.

Telegramm unseres Korrespondenten.

München, 19. Oktober.

Die Angelegenheit der Abberufung des Generals von Lossow hat in den politischen Kreisen Bayerns Erregung hervorgerufen, die sich in den Blättern in scharfer Weise äußert. Von seiten der Regierung liegt allerdings keine Meuerung vor. Eine Maßregelung Lossows würde zu einem Konflikt zwischen Berlin und München führen, eine Preisgabe des Generals in Bayern Erbitterung hervorrufen. Sie würde auch auf die Reichswehr demoralisierend wirken und die Ruhe und Ordnung in schwerster Weise gefährden. Die „Münchener Abendzeitung“ schreibt: „Die bayerische Regierung müßte sich selbst aufgeben, wenn sie sich dem Berliner Drucke fügen würde. Sie denkt aber nicht daran. Wir sind überzeugt, daß die bayerische Regierung in Berlin mit aller Deutlichkeit sagt, was über die Provokation durch Herrn Gessler zu sagen ist. Es ist ausgeschlossen, daß mit einem solchen Reichswehrminister länger zusammen gearbeitet werden kann.“

Keine amtliche Verständigung in München.

Die „Bayerische Staatszeitung“ erklärt, daß an bayerischer amtlicher Stelle von einer Abberufung Lossows bisher nichts bekannt sei.

Gescheiterter Versuch zur Veröhnung von Kronprinz Rupprecht und Ludendorff.

Telegramm unseres Korrespondenten.

München, 19. Oktober.

Zwischen den Organen der bayerischen Monarchisten und der Hitler-Ludendorff-Partei geht seit einiger Zeit ein heftiger Streit vor sich. Das Blatt des bayerischen Heimat- und Königbundes, das den Titel „In Treue seit“ führt, behauptet, daß Ludendorff und die Kampfverbände mit ihrer preussisch-hohenzollernschen Orientierung die Wiederkehr der Wittelsbacher verhindern wollen. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß in der letzten Woche Feldmarschall Hindenburg zwischen Ludendorff und dem früheren Kronprinzen Rupprecht eine Verständigung herbeizuführen versuchte, daß

musikalische Klangfrage gewöhnen soll, ist doch viel verlangt. Indes bin ich überzeugt, daß wir noch lange nicht am Ende sind. Man wird dazu kommen, das beliebige Sim- und Herschlagen mit den Fingern auf dem Klavier in irgendwelchen fünf- oder siebenteiligen Rhythmen auch noch für interessante Kunst zu halten. Erst dann wird man, wenn man ganz ins natürliche bestialische Chaos zurückgefallen ist, wieder von vorn anfangen. So wird es auch mit dem Ethischen und Sozialen gehen, das sich die Kulturnationen mühsam erobert haben. Man will zum bestialischen Urzustand zurück. Freut mich, daß ich es nicht erlebe.“

Nun, heute wären wir ja schon so weit. Mit dem „bestialischen Urzustand“, der ja in gewissem Sinne seine Reize hat, könnte man sich vielleicht abfinden, wenn er nicht mit dem modernsten Raffinement eine so unbeschreiblich widerliche Mischung abgäbe. Wenn sich heute jemand schwarz anstreicht und, mit einem Rasenring und Papageienfedern aufgezupft, nackt in einem Tropenwald umherspaziert, so mag es dabei sein Bereden haben. Wenn dieser Mann aber in dem nämlichen Aufzug, parfümiert, inmitten einer fashionablen Gesellschaft erscheint und sich als Modelöwen feiern läßt, so dreht sich einem wohl der Magen um. Das Traurige ist, daß diese verlogene Maskerade unter dem Rousseauschen Schlagwort „Zurück zur Natur, zur ursprünglichen Einfachheit“ — das ja wirklich einem Zuge unserer Zeit, dem vielfach berechnigten Ekel vor der Ueberzivilisation, entspricht — nicht selten mit Temperament, Wit und sogar gelegentlich mit Talent aufgeführt, wirklich begabte Menschen anzieht und zu Profelythen macht. Auch der Fanatismus, von dem viele Ideologen der neuen Lehre heftigen sind, ein

orgastischen Selbstverwüster zu finden ist, hat offenbar etwas Anstechendes. Wären es ausschließlich größenvahn-sinnige Dilettanten oder findige Nutznießer der so allgemein verbreiteten Kunstblindheit und des mit ihr innig verbundenen Snobismus, so bliebe darüber nicht viel zu sagen. Aber leider locken, Irlichtern gleich, die von den Theoretikern dieser Neukunst mit ihr verquickten Probleme ethischer, mystisch-mathematischer, psychologischer — oder psychopathischer! — ja politischer und sozialer Natur viele empfindsam-romantische Gemüter, dumpf zum Höchsten strebende Seelen und starke, aber ungeklärte Begabungen in den Sumpf.

Es ist ja nicht unmöglich, daß dieses Chaos die Vorstufe einer neuen Kunst bedeutet. Wenn dies der Fall wäre — viele glauben es —, so würde der gegenwärtige Zustand etwa dem Fieber gleichen, dessen sich die Natur bedient, um schädliche Stoffe aus einem erkrankten Körper auszuschleiden, das somit die Genesung herbeiführt und als eine Vorbedingung der späteren Gesundheit gelten darf (freilich gehen auch viele am Fieber einfach zugrunde!). Oder man könnte einen anderen Vergleich wählen: etwa mit den Abfall- und Verwesungsprodukten, mit denen der Boden gedüngt wird, dem dann die herrlichsten Blumen und Früchte entsprossen. Aber man wird darum doch das Fieber nicht für die Gesundheit selber halten dürfen oder eine Handvoll Dünger für eine ebensolche Delikatesse erklären, wie eine Ananas!

Ueber einzelnes aus dieser Ausstellung, das uns in künstlerischer Hinsicht irgendwie bemerkenswert erscheint, berichten wir an anderer Stelle.

Neue Ausschreitungen in Dresden.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Dresden, 19. Oktober.

Gestern haben wieder Ausschreitungen in Dresden begonnen. Wiederholt wurden Bäckerläden, Brot- und Margarineläden geplündert.

Eine russisch-britische Getreideausfuhr-Gesellschaft.

Telegramm unseres Korrespondenten.

London, 19. Oktober.

Wie die russische Handelsdelegation in London bekanntgibt, ist gestern ein englisch-russisches Syndikat gebildet worden, um die Weizenausfuhr aus Russland zu organisieren.

Ein französischer Kredit für die kleine Entente und Polen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 19. Oktober.

Poincaré erörterte mit Dr. Benesch die Frage einer Kreditbewilligung für die kleine Entente und Polen. Diese Kredite sollen sich insgesamt auf 1200 Millionen Francs belaufen.

Verhandlungen über eine Gemeindewahlreform in Budapest.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Budapest, 19. Oktober.

Ministerpräsident Graf Bethlen berief die führenden Männer der Hauptstadt zu sich, um mit ihnen über die Frage der Ausschreibung von Neuwahlen für die Munizipalvertretung zu konferieren.

Die gemäßigtere Politik der Regierung wird durch die Rechtsradikalen in der Kommune nicht nur nicht unterstützt, sondern in wichtigen Punkten sogar konterkariert. Die Stärke der Wolf-Partei in der Nationalversammlung beruht auf ihrem Einfluß in der Hauptstadt.

In der heutigen Konferenz, an der auch der Minister des Innern teilnahm, informierte sich die Regierung über die wichtigsten Fragen der hauptstädtischen Politik. Die Besprechung wird fortgesetzt werden.

Die Herbstsession der Prager Nationalversammlung.

Prag, 19. Oktober.

Durch eine Einschließung des Präsidenten der Republik wird die Session der Nationalversammlung mit 21. Oktober geschlossen und die Nationalversammlung gleichzeitig zu einer am 30. Oktober beginnenden Herbstsession einberufen.

Senator Henri Beranger in Wien.

Wien, 19. Oktober.

Der französische Senator Henri Beranger, der Generalberichterstatter für das Budget im französischen Senat, hat sich kürzlich in Wien aufgehalten und dem Bundeskanzler Dr. Seipel sowie dem Minister des Äußern Dr. Grünberger Besuche abgestattet.

Die Kandidatenliste für die Nationalratswahlen in Wien.

Am 21. Oktober 1923.

Wir veröffentlichen im nachstehenden die von den Parteien in Wien eingebrachten Wahlvorschläge für die Sonntag stattfindende Nationalratswahl.

1. Wahlkreis. Innen-Ost (Innere Stadt, Landstraße, Wieden).

6 Mandate

Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei: 1. Josef Vinz, Vizepräsident, Kaufmann; 2. Dr. Paul Magg, Bankbeamter; 3. Dr. Josef Wirth, Bundesbeamter; 4. Marianne Hainisch, Schriftstellerin; 5. Ottokar Czernin, Minister des Äußern a. D., Abgeordneter; 6. Max Friedmann, Ingenieur.

Christlichsoziale Partei: 1. Dr. Ignaz Seipel, Bundeskanzler; 2. Richard Schmitz, Bundesminister für soziale Verwaltung; 3. Frig. Reiner, Ingenieur; 4. Franz Hussarek, Oberst a. D.; 5. Dr. Otto Weinberger, Landesgerichtsrat; 6. Berta Langkammer, Haushalt.

Verband der Großdeutschen und des Landesbundes: 1. Hermann Randl, Goldschmied, Handelskammer; 2. Dr. Otto Wagner, Sozialversicherungsbeamter, Mitglied der Bankkommission; 3. Lotte Furrer, Hausfrau, Mitglied des Nationalrates; 4. Josef Sempel, Kaufmann; 5. Doktor Viktor Miltshinsky, Professor; 6. Wilhelm Kolm, Hilfsämterdirektionsadjunkt im Bundeskanzleramt (Innere).

Jüdische Wahlgemeinschaft: 1. Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Rechtsanwalt; 2. Ingenieur Robert Stricker, Oberbaurat; 3. Dr. Desider Friedmann, Rechtsanwalt; 4. Dr. Fibor Schwarzmann, Fabrikant; 5. Dr. Emil Riefensfeld, Hofrat.

Sozialdemokratische Partei: 1. Dr. Otto Bauer, Redakteur; 2. Eduard Rieger, Schriftsteller; 3. Hermann Schulz, Präsident des Verbandes der städtischen Angestellten; 4. Richard Seidel, Ingenieur, Präsident des Bundes der Industriearbeiter; 5. Marie Scherl, Schneiderin; 6. Robert Hoffmann, Sekretär des Mietervereins.

Czecho-slowakische Minoritätspartei: Johann Alois Klimes, Schulinspektor.

Kaisertreue Volkspartei (Schwarz-gelbe Legitimisten): Gustav Wolff, Schriftsteller.

Kommunistische Partei: Alfred Ziegler, Eisenbreher.

2. Wahlkreis. Innen-West (Mariahilf, Neubau, Josefstadt).

4 Mandate

Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei: 1. Dr. Heinrich Klang, Hofrat, Richter; 2. Julius Stabler, Bezirksrat, Tapezierer; 3. Gustav Bartosch, Fabrikdirektor; 4. Dr. Adolf Merdinger, praktischer Arzt.

Christlichsoziale Partei: 1. Eduard Heintl, Direktor des Niederösterreichischen Gewerbeprüfungsamtes; 2. Dr. Viktor Kienböck, Rechtsanwalt, Finanzminister; 3. Robert Krasser, Realschulprofessor; 4. Karl Pamelka, Magistratsdirektor a. D.

Verband der Großdeutschen und des Landesbundes: 1. Dr. Felix Frank, Vizekanzler und Justizminister; 2. Josef Höbl, Bürgerschuldirektor i. R.; 3. Hermann Köhler, Eisenbahner, Bezirksrat; 4. Otte Franzer, Arztesgattin, Färbereierin.

Jüdische Wahlgemeinschaft: 1. Robert Stricker, Ingenieur, Oberbaurat; 2. Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Rechtsanwalt; 3. Dr. Desider Friedmann, Rechtsanwalt; 4. Dr. Siegmund Desris, Baurat.

Sozialdemokratische Partei: 1. Karl Feutner, Redakteur; 2. Hermann Kriß, Knopferzeuger; 3. Dr. Ludo Hartmann, Universitätsprofessor; 4. Dr. Adolf Faber, Obermagistratsrat.

Czecho-slowakische Minoritätspartei: Alois Klimes, Schulinspektor.

Kaisertreue Volkspartei: Gustav Wolff, Schriftsteller.

Bund aller Schaffenden: Heinrich Färber, Schriftsteller.

3. Wahlkreis. Nordwest (Alsergrund, Währing, Döbling).

5 Mandate

Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei: 1. Leopold Bauer, Oberbaurat, Professor; 2. Alexius Salzer, Baummaterialwarenerzeuger; 3. Dr. Bruno Drasich, Arzt; 4. Robert Winkler, Buchbinder.

Christlichsoziale Partei: 1. Matthias Partik, Kaufmann; 2. Dr. Franz Döbner, Ministerialrat; 3. Doktor Hans Zegner-Spigenberg, Privatdozent und Sektionsrat; 4. Johann Jung, Baumaterialienhändler; 5. Karl Kummelhardt, Stadtrat.

Verband der Großdeutschen und des Landesbundes: 1. Dr. Leopold Waber, Bundesminister a. D.; 2. Johann Feldmann, Direktor der „Oekawe“; 3. Johann Murr, Kaufmann; 4. Helene Schmidt, Hausfrau; 5. Theodor Kühnberger, Uhrmacher.

Jüdische Wahlgemeinschaft: 1. Ingenieur Robert Stricker, Oberbaurat; 2. Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Rechtsanwalt; 3. Dr. Desider Friedmann, Rechtsanwalt; 4. Dr. Bruno Pollack-Parnau, Industrieller; 5. Dr. Jakob Kohn, Rechtsanwalt.

Sozialdemokratische Partei: 1. Duo Glöckel, Präsident des Stadtschulrates; 2. Gabriele Proft, Frauensekretärin; 3. Heinrich Allina, Gewerkschaftssekretär; 4. Oskar Janicki, Vorsitzender des Bundes der öffentlichen Angestellten; 5. Hans Schabes, Revierinspektor der Sicherheitswache.

Czecho-slowakische Minoritätspartei: Johann Alois Klimes, Schulinspektor.

Kommunistische Partei: Marie Marzly, Heimarbeiterin.

4. Wahlkreis. Nordost (Leopoldsdorf, Brigittenau, Floridsdorf).

8 Mandate

Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei: 1. Dr. Eduard Melkus, Oberfinanzrat; 2. Wilhelm Zifarsky, Kommerzialrat; 3. Dr. Hermann Kästner, Arzt; 4. Johann Blum, Beamtenwitwe; 5. Otto Weigl, Oberoffizial i. R.; 6. Josef Morché, Buchhalter; 7. Johann Zillner, Straßenbahnkassierer.

Christlichsoziale Partei: 1. Dr. Heinrich Mataja, Rechtsanwält; 2. Otto Volker, Bürgerschuldirektor; 3. Marie Wielsch, Haushalt; 4. Ludwig Skokan, Zuckerbäcker; 5. Dr. Josef Fultar, Ministerialrat; 6. Josef Hörmayer, Werkmeister; 7. Marie Waniczek, Oberlehrerin; 8. Peter Bernreiter, Landwirt.

Verband der Großdeutschen und des Landesbundes: 1. Dr. Wilhelm Frey, Apotheker; 2. Ingenieur Fr. Dirnböck, Privatbeamter; 3. Benzi Sild, Hausfrau; 4. Anton Parisch, Oberbaurat; 5. Josef Brantner, Bootsbauer; 6. Franz Culik, Bundesangestellter; 7. Gottfried Böhm, Buchhalter; 8. M. Höglinger, Bundesbeamter.

Jüdische Wahlgemeinschaft: 1. Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Rechtsanwalt; 2. Ingenieur Robert Stricker, Oberbaurat; 3. Dr. Desider Friedmann, Rechtsanwalt; 4. Gustav Löwy, Kaufmann; 5. Dr. S. Ignaz Körner, Zahnarzt.

Sozialdemokratische Partei: 1. Karl Seib, Präsident des Nationalrates; 2. Dr. Wilhelm Ellenbogen, Arzt; 3. Matthias Eldersch, Privatbeamter; 4. Emmy Freundlich, Schriftstellerin; 5. Karl Bich, Gehilfenobmann; 6. Johann Janeczek, Bezirksvorsteher; 7. Johann Böhm, Bauarbeiter; 8. Dr. Oskar Trebitsch, Rechtsanwalt.

Czecho-slowakische Minoritätspartei: Johann Alois Klimes, Schulinspektor.

Kommunistische Partei: Franz Koritschoner, Bankbeamter.

5. Wahlkreis. Südost (Margareten, Favoriten, Simmering).

7 Mandate

Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei: 1. Anton Franek, Lokomotivführer i. P., Verbandssekretär; 2. Stephan Eisenberg, Bildhauer; 3. Johann Stiepak, Kraftfahrer; 4. Karl Wabek, Maschinenkonstrukteur; 5. Luise Lukesch, Direktorin; 6. Wenzel Spörl, Tischlermeister; 7. Gustav Brandl, Redakteur.

Verband der Großdeutschen und des Landesbundes: 1. Ingenieur Friedrich Lachner, Bahnbeamter; 2. Alois Adolf Gehr, städtischer Beamter; 3. Lotte Furrer, Hausfrau; 4. Hans Steigenberger, Tischlermeister; 5. Friedrich Czapp, Fabrikant; 6. Dr. Alois Blümel, Rechtsanwalt; 7. Karoline Weingartner, Postbeamtin.

Christlichsoziale Partei: 1. Franz Spalowsky, Zeitungsverwalter; 2. Dr. Anton Ferzabek, städtischer Oberarzt; 3. Ingenieur Ludwig Viber, Architekt und Zimmermeister; 4. Ingenieur Josef Jansen, Bauinspektor; 5. Alois Mally, Buchdrucker; 6. Franz Fuchs, Fleischnrenner; 7. Josef Kriesa, Wurstbinder.

Jüdische Wahlgemeinschaft: 1. Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Rechtsanwalt; 2. Ingenieur Robert Stricker, Oberbaurat; 3. Dr. Desider Friedmann, Rechtsanwalt; 4. Oskar Goldschmidt, Fabrikant.

Sozialdemokratische Partei: 1. Laurenz Widholz, Gehilfenobmann der Tischler; 2. Anton Hueber, Obmann der Gewerkschaftskommission; 3. Amalie Seidel, Haushalt; 4. Anton Hölzl, Buchdrucker; 5. Alois Bauer, Metallarbeiter; 6. Dr. Friedrich Adler, Schriftsteller; 7. Viktor Stein, Redakteur.

Czecho-slowakische Minoritätspartei: Johann Alois Klimes, Schulinspektor.

Kommunistische Partei: Karl Sip, Industriebeamter.

Kaisertreue Volkspartei: Gustav Wolff, Schriftsteller.

6. Wahlbezirk. Südwest (Meidling, Sieving, Fünfhaus).

7 Mandate

Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei: 1. Dr. Ottokar Janetschek, Bahnrat; 2. Wilhelm Loeger, Furnierhändler; 3. Max Rucker, Kaufmann; 4. Josef Alttrichter, Bundesbahnbeamter; 5. Salomon Fleischer, Elektrotechniker; 6. Wilhelm Blumann, Kaufmann.

Christlichsoziale Partei: 1. Leopold Kuaschak, Redakteur, Stadtrat; 2. Karl Bangoin, Bundesminister; 3. Aloisia Schirmer, Haushalt, Abgeordnete; 4. Rudolf Gschladt, Magistratsrat; 5. Franz Marounek, Rechnungsdirektor; 6. Karl Schmuher, Eisenwarenhändler; 7. Johann Wancura, Kommerzialrat.

Verband der Großdeutschen und des Landesbundes: 1. Ferdinand Erzl, Gewerkschaftsbeamter; 2. Hubert Partisch, Realschuldirektor; 3. Dr. Alois Blümel, Rechtsanwalt; 4. Anton K. Eijchek, Schneidermeister; 5. Richard Lunzer, Gewerkschaftsbeamter; 6. Emma Stradal, Hausfrau, Mitglied des Nationalrates; 7. Dr. Otto Wagner, Sozialversicherungsbeamter, Mitglied der Bankkommission.

Jüdische Wahlgemeinschaft: 1. Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Rechtsanwalt; 2. Ingenieur Robert Stricker, Oberbaurat; 3. Dr. Desider Friedmann, Rechtsanwalt.

Sozialdemokratische Partei: 1. August Forstner, Krankenkassensekretär; 2. Dr. Julius Deutsch, Schriftsteller; 3. Wilhelm Schiegl, Buchdrucker; 4. Anne Boschek, Arbeitersekretärin; 5. Karl Richter, Stadtrat; 6. Dr. Josef Buregger, Ministerialrat; 7. Ludwig Kleinl, Bundesbahnbeamter.

Czecho-slowakische Minoritätspartei: Johann Alois Klimes, Schulinspektor.

Kommunistische Partei: Josef Dieh, Straßenbahnkassierer.

Kaisertreue Volkspartei: Gustav Wolff, Schriftsteller.

7. Wahlkreis. West (Rudolfsheim, Ottakring, Hernals).

8 Mandate

Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei: 1. Alois Pöschl, Magistratsbeamter i. R.; 2. Ingenieur Ernst Schifter, Branddirektor der Gemeinde Wien; 3. Gustav Schönwetter, Bezirksrat und Gebäudewalter; 4. Anton Padernoschke, Oberoffizial; 5. Anton Franek, Lokomotivführer i. P.; 6. Gustav Brandl, Redakteur; 7. Johann Stiepak, Kraftfahrer; 8. Dr. Ottokar Janetschek, Bahnrat.

Christlichsoziale Partei: 1. Friedrich Schönreiner, städtischer Verwaltungsekretär; 2. Josef Heigl, Dachdeckermeister; 3. Franz Feider, Bundesbahnangestellter; 4. Leopold Doppler, Gerichtskanzleidirektor; 5. Johann Lworsch, Fuhrwerksbesitzer; 6. Stephan Höppler, Bürgerschuldirektor; 7. Otto Kemptner, Steuerwalter; 8. Käthe Schumigahy, Musikschulinhaberin.

Verband der Großdeutschen und des Landesbundes: 1. Emmy Stradal, Mitglied des Nationalrates; 2. Heinrich Hart, Postmarkenbeamter; 3. Friedrich Heine, Buchhalter; 4. Dr. Leopold Frabelanek,

Rechtsanwalt; 5. Dr. Emmerich Lindeck, Baurat; 6. Rudolf Otto, Rechnungsrat; 7. Stephan Hartl, Uhrmacher; 8. Dr. Alfred Erhard, Oberstadtrat.

Jüdische Wahlgemeinschaft: 1. Ingenieur Robert Stricker, Oberbaurat; 2. Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, Rechtsanwalt; 3. Dr. Desider Friedmann, Rechtsanwalt; 4. Leopold Sigmann, Beamter.

Sozialdemokratische Partei: 1. Albert Seber, Landeshauptmann a. D.; 2. Ferdinand Skaret, Parteisekretär; 3. Adelheid Popp, Redakteurin; 4. Josef Wiedenhofer, Metallarbeiter; 5. Karl Volkert, Zeitungsbeamter; 6. Friedrich Austerlitz, Chefredakteur; 7. Franz Zelenka, Telegraphenbedienter; 8. Karl Hohenberg, Tischnergehilfe.

Czechoslowakische Minoritätspartei: Johann Alois Klimesch, Schulinspektor.

Raifertreue Volkspartei: Gustav Wolff, Schriftsteller.

Kommunistische Partei: Karl Toman, Silber-schmied, Herausgeber der „Roten Fahne“.

Wahlaufruf des Bundes geistiger Arbeiter.

Die Geschäftsleitung des Oesterreichischen Bundes (Zentralrates) der geistigen Arbeiter hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, folgenden Wahlaufruf zu veröffentlichen: Geistige Arbeiter und Arbeiterinnen!

In entscheidender Stunde rufen wir Euch auf zur Ausübung Eures wichtigen staatsbürgerlichen Rechtes: entzieht Euch nicht in altgewohnter Gleichgültigkeit Eurer Pflicht, zu wählen!

Diese Gleichgültigkeit ist schuld an der so niedrigen Bewertung Eurer Arbeitsleistungen.

Haltet Euch die Interessen unserer kulturhaltenden Schichte bei der Wahl vor Augen und bedenket, daß das Gedeihen Eures Standes von der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes abhängt; stellt Euch auf die Seite derjenigen, die die finanziellen Grundlagen für diesen Wiederaufbau schaffen.

Nur nach Beseitigung unserer Verarmung kann die Unterwertung der geistigen Arbeit ein Ende nehmen. Die Wahlen am 21. Oktober werden dies entscheiden.

Der Oesterreichische Bund (Zentralrat) der geistigen Arbeiter, 1. Bezirk, Universitätsplatz 1.

Versammlungen der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei.

Samstag den 20. Oktober.

7 Uhr abends in der Gastwirtschaft Pohl, 9. Bezirk, Währingerstraße 67, große Wählerversammlung. Redner: Frau Marianne Gainsich, Oberbaurat Professor Bauer, Alexius Salzer, Stadtbaumeister Melcher, Rechtsanwalt Doktor Trnka und die übrigen Wahlwerber.

7 Uhr abends in Weigl's Dreherpark (Theresien-Saal), 12. Bezirk, Schönbrunnerstraße 307, Wählerversammlung. Redner: Ingenieur Max Friedmann, Hofrat Dr. Wirth, Nationalratskandidat Dr. Janetschek und andere.

Gestörte freiheitliche Versammlungen.

Die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei hielt gestern abend für den Wahlkreis der Bezirke 2, 20 und 21 im Saale des Hotels Bayerischer Hof in der Laborstraße eine sehr stark besuchte Wählerversammlung ab, die einen stürmischen Verlauf nahm. Sozialdemokraten, Kommunisten und Zionisten, die sich zahlreich eingefunden hatten, störten wiederholt durch Zwischenrufe und Pörmizzen den Verlauf der Versammlung, in der Kommerzialrat Jisarsky, Oberfinanzrat Dr. Melkus und Dr. Blajel sprachen.

In den Souterrainlokalitäten des Löwen-Cafés hielt gestern die bürgerlich-demokratische Partei unter dem Vorsitz des Stadtbaumeisters Melcher eine Versammlung ab, die infolge unausgesetzter Störungen von Anhängern der jüdischnationalen, sozialdemokratischen und kommunistischen Partei einen sehr bewegten Verlauf nahm. Schließlich mußte infolge äußerer tumultuarischer Szenen das Versammlungslokal durch Wache geräumt werde.

Ein Aufruf an die demokratischen Hochschüler.

Der Ausschuss der demokratischen Hochschülervereine fordert alle demokratischen Hochschüler auf, sich umgehend bei den Sekretariaten der bürgerlich-demokratischen Partei, 1. Bezirk, Grünangergasse 1, 2. Stiege, 1. Stock, 7. Bezirk, Hermannsgasse 33 und 9. Bezirk, Währingerstraße 20, zu melden und für den Wahltag sich zur Verfügung zu stellen. Die Beteiligung an der Wahl selbst ist unbedingte Pflicht.

Vizekanzler Dr. Frank über Sanierung und Mieterschutz.

In einer zahlreich besuchten großdeutschen Wählerversammlung im Bäckersaale in der Josefstadt sprach gestern Vizekanzler Doktor Frank über die Mitwirkung der großdeutschen Volkspartei an Sanierungswerke. Die großdeutsche Volkspartei hat, so führte der Redner aus, als sie sich mit allen Kräften an der Durchführung des Genfer Sanierungswerkes zu beteiligen beschloß, in voller Erkenntnis der Folgen schwere dieser Entscheidung gehandelt. Sie war sich bewußt, daß ein Mißlingen des Sanierungswerkes, das ja von der sozialdemokratischen Partei feindsüchtig erwartet wurde, der Partei für ihren guten Willen keinen Dank eintragen würde. Sie war sich auch weiter bewußt, daß im Falle des Gelingens die durchzuführende Politik keine populäre Politik im gewöhnlichen Sinne sein werde.

Die Sozialdemokratie hat, wie ja auch Dr. Otto Bauer in seinem letzten Buche ausdrücklich erklärt, gerade gegen unsere Partei den heftigsten Kampf geführt, um, wie er sagt, die Seelen der deutschnationalen Angestellten zu gewinnen und uns dadurch von der Koalition abzusprenken. Es ist ihm nicht gelungen. Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß der Weg, den wir gegangen sind der richtige war. Heute können wir sagen, daß der Staat gerettet ist, wenn der Ausgang der Wahlen den Mehrheitsparteien die Möglichkeit bietet in derselben Weise wie bisher das Sanierungswerk fortzuführen.

Der Redner kam sodann auf die demagogische Bewertung der Mieterschutzfrage durch die Sozialdemokratie zu sprechen und betonte, daß niemand daran denken könne, eine Aufhebung der einen überstürzten Abbau des Mieterschutzes vorzunehmen. Es ist richtig, führt Dr. Frank aus, daß die Zwangswirtschaft des Wohnungsmarktes verschiedene Nachteile und Gefahren mit sich bringt und daß wir daher allmählich auch auf diesem Gebiete normale Verhältnisse erreichen müssen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Einkommensverhältnisse des größten Teiles unserer

Bevölkerung noch lange nicht das Friedensausmaß erreicht haben. Ich verweise da ganz besonders auf die breite Gruppe der Festangestellten. Eine unworffichtige Forderung der Mietzinsbeschränkung würde zur Folge haben, daß unter Umständen gerade unsere bodenständige Bevölkerung nicht in der Lage wäre, den Mietzins zu bezahlen, und daß Obdachlosigkeit und ungeheures Elend gerade die Schichten des Mittelstandes treffen würde. Noch wichtiger ist die Beschränkung des Kündigungsrechtes, an dessen Aufhebung erst dann gedacht werden kann, wenn auf dem Wohnungsmarkte wieder Vorkriegsverhältnisse herrschen, das heißt, wenn wieder das Angebot an Wohnungen die Nachfrage übersteigt. Zur Beleuchtung der sozialdemokratischen Mieterfeindschaft verlas der Redner einen Brief des sozialdemokratischen Bürgermeisters und Landtagsabgeordneten Anton Pichler in Bruck an der Mur, den dieser an einen Mieter einer dem Arbeiterheim gehörigen Villa gerichtet hatte und der laute Entrüstungsrufe bei den Versammelten hervorrief.

Der Vizekanzler schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Versammelten, in dem bevorstehenden Entscheidungskampfe ihre Pflicht zu tun. Es handelt sich diesmal, sagte er, nicht um ein paar Mandate mehr oder weniger für die eine oder andere Partei, es handelt sich um die Fortführung oder die Vernichtung des Sanierungswerkes, und es handelt sich darum, ob die bodenständige Bevölkerung die Geschichte dieses Staates weiterlenken wird oder ob die Herrschaft an die internationale volksfremde Partei übergehen soll.

Der Bundeskanzler in Vorarlberg.

Aus Bregenz, 19. d., wird gemeldet: Bundeskanzler Dr. Seipel wurde gestern nachmittag bei seiner Ankunft in Bregenz vom Landeshauptmann Dr. Ender und den Behörden begrüßt. Abends sprach der Bundeskanzler in zwei großen Versammlungen. Er streifte auch die Vorarlberger Frage und sagte hierzu: Wir haben Zeiten mitgemacht, wo man in diesem Lande Oesterreich fast aufgegeben und sich umgesehen hat, ob man die Zukunft nicht bei einem Nachbarn sichern soll. Mit Genugtuung stelle ich fest, daß das alles aufgehört hat, als man sah, daß in Wien wieder eine Politik des ganzen Volkes gemacht wird. Am Abend sprach der Kanzler in Feldkirch auf offenem Platz vor sechstausend Menschen. Von Feldkirch begab sich der Bundeskanzler über Lustenau, wo er in einer großen Versammlung sprach, nach Bregenz. Hier empfing er im Regierungsgebäude eine Reihe von Abordnungen, darunter den deutschen Konsul in Bregenz, Kilmert. Abends sprach Dr. Seipel in Bregenz und Dornbirn.

Die Wohnbauanleihe der Gemeinde Wien.

Stadttrat Brettnner hat heute in einer Wählerversammlung in der Brigittenau behauptet, daß Finanzminister Doktor Kienböck die Banken geradezu bestürmt habe, der Gemeinde die von ihr verlangte Wohnbauanleihe nicht, keinesfalls aber vor dem 21. Oktober, zu geben. Es hätten drei Sitzungen beim Finanzminister Dr. Kienböck stattgefunden, in denen er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln der Einschüchterung und Ueberredung die Banken gegen die Uebernahme dieser Anleihe zu bestimmen versucht habe. Der Redner habe es allerdings an dem notwendigen Segensdruck nicht fehlen lassen. Es wurde den Banken klar gemacht, daß diese Absage an die Gemeinde gleichzeitig die schärfste Kampfesansage darstelle, auf die gewiß die Antwort nicht ausbleiben würde. Die Gemeinde habe eine Anleihe von 100 Milliarden Kronen bekommen; ohne Einflusnahme Dr. Kienböcks wäre ein höherer Betrag, zumindest 150 Milliarden Kronen, zu erreichen gewesen. Wenn Finanzminister Dr. Kienböck gegen ihn die Ehrenbeleidigungsklage einbringen sollte, werde er auf seine Immunität verzichten und sich dem ordentlichen Gericht stellen.

Die Wahlkartenwähler.

Die mit Wahlkarten versehenen Wähler können ihr Wahlrecht nur bei der in jedem Bezirke hierzu bestimmten Ortswahlbehörde ausüben. Diese Wahlbehörden haben ihren Sitz in den Wirtshäusern der einzelnen Gemeindebezirke. Jene Ortswahlbehörde, zu der das Wohnhaus des Wahlkartenwählers gehört, ist, abgesehen von den besonderen Bestimmungen für Mitglieder der Wahlbehörden und Wahlzeugen, zur Abfertigung eines solchen Wählers nicht berechtigt.

Der Alkoholausschank am Wahltag.

Die „Nathanskorrespondenz“ schreibt: Da in mehreren Tagesblättern mitgeteilt worden ist, daß die Genossenschaft der Gastwirte die Aufforderung erläßt, das Alkoholverbot nach Tunlichkeith einzuhalten, macht der Magistrat die Gastwirte sowie alle anderen geistige Getränke zum Ausschank bringenden Gewerbetreibenden aufmerksam, daß durch den § 54, Absatz 2, des Bundesgesetzes vom 11. Juli 1923 über die Wahlordnung für den Nationalrat der Ausschank von geistigen Getränken am Wahltag sowie am Tage vorher, also am Samstag und Sonntag, allgemein verboten und nach Absatz 5 desselben Paragraphen mit Geldstrafe bis zu einer Million Kronen oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen bedroht ist. Die Einhaltung dieses Verbotes muß daher absolut und nicht nur „nach Tunlichkeith“ gefordert werden. Hieron wurde übrigens die Genossenschaft der

Gastwirte bereits mit Schreiben der Magistratsdirektion vom 2. d. ausdrücklich in Kenntnis gesetzt. Eine Sperre der Gasthäuser ist selbstverständlich nicht vorgeschrieben. Auch muß festgestellt werden, daß das Alkoholverbot nicht, wie aus der eingangs erwähnten Mitteilung in den Tagesblättern hervorgeht, von der Wiener Landesregierung, sondern, wie bereits erwähnt, durch das Bundesgesetz selbst erlassen wurde.

Der Schulunterricht am Montag.

Der Wiener Stadtschulrat teilt mit, daß für die Schulkinder jener Klassen, deren Räume als Wahllokale benützt worden sind, am Montag den 22. d. der Unterricht entfällt. Für die Schulkinder der übrigen Klassen beginnt der Unterricht am Montag um 10 Uhr vormittags.

Die Wahllisten des Landbundes.

Der Landbund für Oesterreich teilt parteiamtlich mit: Die Meldung einer Korrespondenz, daß in vier Bundesländern die Reststimmen des Landbundes für Oesterreich verlorengehen könnten, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. In ganz Oesterreich wurde die Nationalratsliste unter der Bezeichnung „Landbund für Oesterreich“ eingereicht, nur in einem einzigen Wahlkreise als Unterittel die Landesorganisation beigefügt. Die Reststimmen von Salzburg, Vorarlberg, Tirol und Niederösterreich gehen also nicht verloren, sondern schließen sich an die steirischen Mandate und das Mandat Viertel ob dem Manhartsberge (Koppensteiner-Mandat) an, da dort überall vorkommen gleichlautende Parteibezeichnungen eingereicht worden sind.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Juwelen LUKACS ARANY WIEN KÄRNTNERSTR. 38

Feiner Winter-Raglan K 630.000 HEINRICH WEINBERGER I., Sngerstr. 6. Sanarierte Kleiderschwemme.

Wie er KOHLEN KOKS-KONTOR A.-G. Wien, IX., Berggasse 16 (Handelsmuseum) Telephone: 14472, 14678, 15215 17416, 11362. Telegramm-adresse: „Kokkoks“ liefert waggonweise Steinkohle, Braunkohle, Koks und Holz aller Provenienzen. Zufahren und sackweise Zustellung ab Nordbahnhof, V. Kohlenhof, Rutsche Nr. 562-568.

M. ELLENBOGEN VII., Lindengasse 23 Spezialhaus für Modistenzugehör und Seidenwaren ERÖFFNET heute Filiale Bauernmarkt I., Freisingergasse 1 wose/bet der Verkauf zu den Mariahilfer Engrospreisen stattfindet.

Dieser Stimmzettel ist gültig und kann am Wahltag verwendet werden wenn er genau ausgeschnitten wird. Für den Nationalrat: Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei. Für Gemeinderat und Bezirksvertretung: Bürgerlich-demokratische Arbeitspartei.

„ROTER STADL“
 ab 15. Oktober geschlossen.
 Eröffnung März.

MERAN - OBERMAIS
 Italien
Pension Villa Imperial
 Komplette Pension Lire 25

Hühneraugen

In 4 Tagen entfernt durch unser seit 15 Jahren fast in der ganzen Welt eingeführtes Hühneraugenpflaster Burgit, bei welchem die wirksame Masse durch Handarbeit in kreisrunder Form aufgetragen ist, sodaß nur das Hühnerauge davon bedeckt wird, daher sicherste Wirkung ohne geringste Hautentzündung. Merken Sie sich: Gleichmäßig beschriebene Pflaster können nie die durchgreifende Wirkung haben wie unser Burgit; wohl aber genug Wirkung, um Entzündungen der gesunden Haut zu verursachen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Originalpackung 1 Stück 200 Kronen.

Burgit Ges. m. b. H.
 Freilassing (Bayern)

Sanatorium Schweizerhof bei Graz

Tel. 4106 und 0297

nimmt über die Wintersaison zu überaus günstigen Bedingungen Pensionäre ohne Kurzwang auf. Prospekte.

Biedermeier- Möbelausstellung - Vollständig eingerichtete Zimmer in gemütlicher Zusammenstellung.
 Edwin Grossmann, Wien, I., Spiegelgasse Nr. 13.

Jeppichhaus Möbelhaus

S. Schein

Telefon: 63-5-30 Serie

Wien, I. Bauernmarkt 12-14

KEINE FILIALEN IN WIEN!

An Samstagen bis 6^{1/2} abds. geöffnet.

Besichtigen Sie unsere 31 Auslagen.

Bei Rekonvaleszenz und allgemeiner Schwäche

MALTEX

Hochokonzentrierter Malzextrakt. Hervorragend bewährtes Nahrungsmittel für Kinder u. Erwachsene. In Apotheken erhältlich.

Grossvertrieb: Chemosan A.-G., Wien, I.

Kommunalzeitung.

Wien, 19. Oktober.

[Ein städtisches Institut für Krüppelfürsorge.] Zwischen der Gemeinde Wien und dem Verein „Die Technik für die Kriegsinvaliden“, der im 9. Bezirk, Borschgasse 10, seinen Sitz hat, ist ein Uebereinkommen getroffen worden, wonach die gesamten Einrichtungen an die Gemeinde übergehen, die künftighin die Betriebsführung als städtische Einrichtung besorgen wird. Der bisherige Leiter der Hilfs-technik für Invalide, Dr. Weissenstein, wird im Dienste der Gemeinde die Anstalt auch in Zukunft führen.

[Straßenbahnlinie 4.] Von Sonntag den 21. d. an werden die Züge der Linie 4 in beiden Fahrtrichtungen wieder normal geführt.

Kleine Chronik.

Wien, 19. Oktober.

[Personalmeldungen.] Wegen dienstlicher Behinderung entfällt am Montag den 22. d. der Empfang beim Vizekanzler Dr. Frank. — Der Generaldirektor und die Direktoren der Generaldirektion der Oesterreichischen Bundesbahnen sind für Bahnangestellte jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr, für bahnfremde Personen jeden Donnerstag von 10 bis 12 Uhr zu sprechen. — Aus Berlin wird uns berichtet: Der Kleist-Preis für 1923 ist verliehen worden an den Erzähler Wilhelm Lehmann, den Verfasser der Romane „Widerstürmer“, „Schmetterlingspuppe“ und „Weingott“, und an Robert Musil, der Romane und Erzählungen, ein Drama „Die Schwärmer“ und zahlreiche Essays veröffentlicht hat. Eine ehrenvolle Erwähnung wurde dem jungen Melchior Visser zuerkannt, dem Verfasser zweier Dramen, die noch unaufgeführt und ungedruckt sind. — Der Vorsteher der Genossenschaft der Naturblumenbinder und -händler, Herr Emil Nagsschitz, feierte kürzlich das 40jährige Geschäftsgründungsfest und war aus diesem Anlaß Gegenstand zahlreicher Ehrungen seitens der Genossenschaft. — Aus Breslau wird berichtet: Anlaßlich der zweiten Generalversammlung der Vereinigten Theater G. m. b. H. in Breslau wurde dem Direktor Paul Barnay einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und der Beschluß gefaßt, Paul Barnay den Titel „Intendant der Vereinigten Theater in Breslau“ führen zu lassen. — In Innsbruck ist gestern, wie von dort gemeldet wird, eine Studienkommission von Fachleuten aus Deutschland, Schweden, der Schweiz und Oesterreich eingetroffen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die elektrischen Anlagen der Arlbergbahn zu studieren sowie Versuche über die Beeinflussung der Schwachstromanlagen durch die der elektrischen Zugsförderung dienenden Starkstromleitungen durchzuführen.

[Der Kampf um die Wahlplakate.] Eigentlich hat es den Anschein genommen, als bestünde der Kampfpreis in dem großen Ringen weit weniger in der Zahl der Mandate, die jede Partei am kommenden Sonntag nach Hause zu bringen hoffte, als vielmehr in der Zahl der überlebten, der abgerissenen Plakate des Gegners. Die Sache hat nachgerade mit Politik ungemein wenig zu tun. Sie hat sich allmählich in eine sportliche Angelegenheit verwandelt. Freilich kein ganz ungefährlicher Sport, und, was das Allerbedauerlichste ist, nicht nur die ihn ausübenden, müssen auf allerlei unliebsame und schmerzliche Erfahrungen gefaßt sein: auch für die Unbeteiligten sind die neuesten Wiener Kampffestivals durchaus nicht unbedenklich. Wir haben es zu einem ungemein abwechslungsreichen Nachleben gebracht, und der Passant, den sein Verzug verurteilt, zur nächstlichen Zeit das Haus zu verlassen, tut ungemein gut daran, in der Mitte der Straße auf dem Fahrweg zu gehen und namentlich Gegenden zu vermeiden, wo Planken und leere Häuserwände sich von selbst als Kampfterrain anbieten. Zuerst prangten die Wahlplakate der verschiedenen Parteien friedlich nebeneinander. Sie hatten alle den Mund geföhrig voll genommen und suchten einander gegenseitig zu überschreien. Der näher zulauf, bemerkte sogar zu seinem Erstaunen, daß die Mehrzahl von ihnen denselben künstlerischen Vater hat, der seine zeichnerischen Einfälle mit schöner Unparteilichkeit an seine Kunden verteilt. Aber je näher der Wahltag heranrückte, um so unhaltbarer hat sich augenscheinlich dieses Idyll erwiesen. Die verschiedenen Inbianserstämme begaben sich auf den Kriegspfad, und es scheint ein ehrgeiziger Wettstreit ausgebrochen zu sein, wer die meisten Skulpten, will sagen, abgerissenen Plakate an dem Gürtel seiner Windjacke befestigen kann. Man hat mit der gemüthlichen Gepflogenheit der ersten Epochen der Wahlbewegung gebrochen, da es noch genügend schien, der eigenen Gefinnung dadurch Ausdruck zu geben, daß man die gegnerischen Manifeste zumeist leider höchst nutzlos verschmierte und verkrügelte. Jetzt gilt es, die feindlichen Schützengräben zu erstürmen und die eigene Mannschaft dort zu postieren. Bei früheren Wahlen war es nicht anders als in den Schlachten einer längst verschwundenen Vergangenheit. Da galten noch der Mut und die Verschlagenheit des einzelnen, der auf eigene Faust Heldentaten vollbrachte. Da zog ein kühner Rittermann mit dem Hiesel und dem Kleistertopf im Gewande aus und ohne irgendwelche Hilfe brachte er so und so viele gegnerische Plakate zur Strecke. Heute ist auch dieser Krieg eine Massenangelegenheit geworden. Truppweise, in geschlossenen Rügen marschiert man aus und ist darauf gefaßt, auf eine ebenso starke Gegnerschaft, am Ende sogar auf eine Uebermacht zu stoßen. Man kann ja nie wissen, welche Hilfs- truppen der Feind in den nächstgelegenen Gassen konzentriert hat. Der Rest ist Schlagring, Gummiknütel und leider auch Revolver. Jetzt erinnert die Polizei an ihre Strafanordnungen gegen den Waffennußbrauch, und sie tut ein Uebriges und teilt mit, daß größere Wachpatrouillen zu Fuß und zu Pferd die Straßen durchziehen werden, um das Wiener Nachtleben der letzten Wahlen einigermassen zu regeln. Aber die Frage läßt sich nicht von der Hand weisen, ob denn in Wien alles und jedes in Unernt und Kibderlei ausarten müsse, ob absolut nichts ohne Verfrachtung möglich sei. Auch anderwärts wird schließlich gewählt. Auch

Das Briefmarkengeld der „Neuen Freien Presse“.



Ausgabe ausschließlich an Interessenten des „Kleinen Anzeigers“ bei Aufgabe von Inseraten im Bureau des „Kleinen Anzeigers“.

andernwärts stehen einander Parteien von gegnerischer Lebensauffassung und diametral gegensätzlichen Ansichten gegenüber. Uns jedoch ist es vorbehalten, der Weisheit letzten Schluß in dem Kampf um die Wahlplakate zu erblicken. Verkleisterte Plakate! Verkleisterte Gehirne!

[Chronikbeilage der „Neuen Freien Presse.“] Die Chronikbeilage der heutigen Nummer der „Neuen Freien Presse“ enthält auf den Seiten 12 und 13: „Aufmarsch am Broadway.“ Von Ann Tizia Feitich. — Die 33. Fortsetzung des Romans „Weib in Flammen.“ Von Georg Fröschl. — „Erinnerungen an die Oktoberrevolution 1848.“ Von Alois Czeditz.

[Das Nordische Museum in Stockholm.] Wenn irgendein Museum in der Welt den hohen Rang einer großen nationalen Schöpfung einnimmt, so ist dies bei dem weltberühmten Nordischen Museum in Stockholm der Fall, das in diesen Tagen die Halbjahrhundertfeier seiner Gründung unter der freudigen Anteilnahme des ganzen schwedischen Volkes begeht. In Verbindung mit dem einzigartigen Freilichtmuseum von Skansen ist im Nordischen Museum in unvergleichlicher Art das ungeheure Lebensgemälde einer ganzen Nation aufgebaut, die seit ältesten Zeiten ihren reichen Kulturbesitz wesentlich aus eigener Kraft, im eigenen Geiste geschaffen und verwaltet hat. Der Gründer und Schöpfer des Nordischen Museums und des Freilichtmuseums in Skansen, Dr. Artur Hazelius, hat seine Vollendung nicht erlebt. In rastloser und begeisterter Arbeit dieses großen Heimatfreundes und seiner Nachfolger und zahlreicher Mitarbeiter ist der unerschöpfbare Schatz von Volksgütern aller Art aufgesammelt worden. Hier hat die volkskundliche Arbeit der meisten europäischen Länder stets ein Vorbild und Muster gesehen, und unser höchster Ehrgeiz war es auch in Wien, in unserem Wiener Museum für Volkskunde dem Nordischen Museum ein würdiges Gegenstück für Oesterreich entgegenzustellen. Zur Festigung der bestehenden Bande freundschaftlicher Sympathie, welche Schweden und Oesterreich zu unserer hohen Freude und Gemüthung verbinden, vermögen sicher auch die wissenschaftlichen Beziehungen an ihrem Teile beizutragen. Solche bestehen zwischen dem Nordischen Museum und den volkskundlichen Kreisen Oesterreichs seit langem und in lebhafter Art. So seien dem schwedischen Lande und Volke zu dem bevorstehenden Ehrentag seiner großen nationalen Schöpfung in dankbarer Erinnerung der reichen Anregungen, die von derselben auf unsere gleichgerichtete vaterländische Arbeit ausgegangen sind, die wärmsten Glückwünsche für künftige Blüten und Gedeihen des Nordischen Museums dargebracht. Professor Dr. Michael Haberlandt.

[Eine neue Telephonkrankheit.] In der letzten Sitzung der Gesellschaft der Ärzte stellte Dozent Dr. Stein einen Kranken vor, der an beiden Ohrmuscheln eine eigenartige Hautkrankheit aufwies, die durch acht Monate bestand und allen Versuchen der Behandlung Widerstand leistete, bis man darauf kam, daß sie durch die beruflich notwendige eifrige Benutzung der Telephonmuskeln hervorgerufen war. Der Kranke verlor offenbar den Lach seiner Telephonmuskeln nicht und konnte erst dann geheilt werden, als man die Telephonmuskeln durch neue ersetzte. Interessanterweise konnte der Vortragende im letzten halben Jahr fünf ähnliche Fälle beobachten.

[Die Entführung im Flugzeug.] Wie seinerzeit berichtet wurde, hat am 11. September der ehemalige ungarische Staatssekretär Hugo v. Pöhne die Anzeige erstattet, daß ihm seine vierzehnjährige Tochter Magda von seiner vor ihm geschiedenen Gattin, die Doktorin der Medizin ist, entführt worden sei. Nach Scheidung der Ehe hatte das Waisenstuhlgericht in Budapest das Kind dem Vater zugesprochen, jedoch der Mutter das Recht eingeräumt, die Kleine zu besuchen. Gelegentlich einer solchen Zusammenkunft hat die Mutter das Kind entführt, und Staatssekretär v. Pöhne vermutete, daß Frau v. Pöhne, die seither den Rittmeister a. D. Imre Czerniak geheiratet und ihren Wohnsitz in Newyork aufgeschlagen hat, das Kind nach Amerika mitnehmen könnte. Tatsächlich wurde ermittelt, daß die Frau mit der Tochter noch am selben Tag auf dem Flugplatz Zeblessee mit dem Flugzeug „D 206“ nach München abgeflogen ist und daß sie vorher in Wien eine Schiffscharte von Rotterdam nach Amerika gelöst hat. In Rotterdam wurde ermittelt, daß Frau Alice Czerniak am 19. September nach Amerika eingeschifft hat, aber allein. Ueber den Aufenthalt der Tochter hat sie jede Angabe verweigert. Nun ist heute vormittag eine private Depeche des Staatssekretärs a. D. Hugo v. Pöhne aus Hamburg hier eingetroffen, des Inhalts, daß er seine Tochter wiedererlangt hat. Nähere Einzelheiten über den Ort der Auffindung und die Umstände, unter denen man sie entdeckt hat, sind bisher hier nicht bekannt.

[Ein unheilbarer Morphinit.] Unser Budapest Korrespondent meldet: Vor dem Strafbezirksgericht I in Budapest fand ein interessanter Prozeß statt. Der gemeine Oberleutnant Kettig hatte sich wegen Diebstahls, Defraudation und Betruges zu verantworten. Er ist vierzehnmal verurteilt und hat im Krieg ein Bein verloren. Er war in der letzten Zeit Morphinit, wurde aber kürzlich von dieser Leidenschaft geheilt. Vor einiger Zeit beherbergte er einen Freund, mit dem er vor dem Einschlafen über den Morphinitismus sprach. Hierbei erwachte die alte Leidenschaft wieder, und als sich sein Freund schlafen gelegt hatte, schenkte er ihm einen Priektsch 170.000 K. eilte in die

Bürgerlich-demokratischer Arbeitspartei.

Auf der Stimmzettel befindet sich ein Stimmzettel

Spritze. So verfiel er wieder dem alten Vaster. Er hatte seinem Freunde auch Wertpapiere veruntreut. Der Richter fällte ein mildes Urteil. Er verurteilte ihn bloß wegen Vergehens des Diebstahls zu sechs Wochen Gefängnis. Der Richter ermahnte ihn mit eindringlichen Worten, von seinem Vaster zu lassen.

Wesh werden gegen das neue staatliche Telephonbuch. Zu der unter dieser Spitzmarke im Abendblatt vom 18. d. veröffentlichten Zuschrift eines Arztes bezüglich Weglassung eines großen Teiles der Ärzte im Fachregister des kürzlich erschienenen staatlichen Telephonbuches teilt uns der Volkswirtschaftliche Verlag Alexander Dorn, welcher das Branchenregister dirigiert, mit: Die wirtschaftliche Organisation der Ärzte hat in ihrem Fachorgan den Ärzten die Bestellung zu Einschaltungen im Fachregister unterlag. Mit Rücksicht auf diesen Umstand hat ein großer Teil der Ärzte die Einschaltung im Fachregister abgelehnt. Der Verlag Dorn hebt nur dann Gebühren für die Einschaltungen ein, wenn ein neues Telephonbuch tatsächlich erscheint.

Das Wetter. Heute morgen regnete es in Tirol, in Salzburg war es trüb, im übrigen Oesterreich heiter mit Morgennebel. Es war tagsüber im allgemeinen um einige Grade wärmer, nur in Wien kälter als gestern. Es steht ein Einbruch warmer Luft bei südlichen Winden bevor. Voraussage: Vorübergehende Trübung, vielleicht mit mäßigem Regen, dann wieder föhnlige Aufklaren, stärkere Temperaturzunahme, auffrischende südsüdliche Winde.

Todesfälle. Mit dem kürzlich in Darmstadt im 66. Lebensjahre verstorbenen Professor Dr. Paul Friedländer ist einer der bedeutendsten und erfolgreichsten Forscher und Chemiker aus dem Leben geschieden. In Königsberg als Sohn des Geheimrates Professor Dr. Ludwig Friedländer geboren, wirkte er zuerst als Privatdozent in München, wurde dann Laboratoriumschef bei Dohler in Offenbach und später Professor in Karlsruhe, von wo er von Wilhelm Exner nach Wien an das Technologische Gewerbemuseum als Fachvorstand berufen wurde. Hier hat Professor Friedländer seine besten Arbeiten geschaffen. Es ist ihm zum Beispiel gelungen, den ersten roten Indigo, den sogenannten Thioindigo, d. i. ein den Schwefel konstitutiv enthaltende Indigo, synthetisch darzustellen. Hieher gehört auch die Aufklärung der Konstitution des antiken Purpurs aus den Purpurschnecken als eines bromierten Indigos. Professor Friedländer war auch schriftstellerisch außerordentlich fruchtbar und ist insbesondere als Verfasser der „Fortsschritte der Teerfabrikation“ allgemein bekannt geworden. — Das Leichenbegängnis des Herrn Kommerzialrates Franz Türkel findet Sonntag den 21. d. um 10 Uhr vormittags auf dem Zentralfriedhofe, 1. Tor, statt. — Kürzlich verschied hier Frau Anna Schablin geborne Hecht im Alter von 73 Jahren und wurde auf dem Zentralfriedhofe zur letzten Ruhe bestattet. — In Pöfburg verschied am 15. d. Herr Gustav Sonnensfeld nach schwerem Leiden im Alter von 86 Jahren. — In Ungarisch-Pradiß ist am 19. d. Herr Markus Adler im 82. Lebensjahre gestorben. — In Agram verschied am 15. d. Herr Jacques Kell, Privatier, im 79. Lebensjahre.

Geänderte Telephonnummern. Eichinspektorat und Eichamt (9. Bezirk, Ruffborferstraße 90) ab 23. d. 16269. — Christoph Schramm, Lack- und Farbenfabriken (Zentralbureau: 6. Bezirk, Linke Wienzeile 16) ab 23. d. 9302. — Dr. Friedrich Beck (8. Bezirk, Albertgasse 32) 22216. — Expeditionsbureau und Möbeltransportunternehmung Max Kurz

(Zentrale: 1. Bezirk, Johannesgasse 29) 75097. — Hans Schaller (1. Bezirk, Walfischgasse 6) 70292.

Die Insulinfrage in der Gesellschaft der Aerzte.

Wien, 19. Oktober.

Das außerordentliche Interesse, welches die gesamte Ärztemwelt der in Amerika gemachten Entdeckung des Insulins und seiner Wirkung bei der Zuckerkrankheit entgegenbringt, kam in der heutigen Sitzung der Gesellschaft der Aerzte in zwei Vorträgen zum Ausdruck, die vor einem außerordentlich großen ärztlichen Publikum von Dr. Leo Pollak und von Professor Dr. Wilhelm Falta gehalten wurden; ersterer berichtete über 20 Fälle, die er im Laufe des letzten halben Jahres beobachtete, letzterer erzählte von seinen weit größeren Erfahrungen, da er in den letzten Monaten ständig gegen 25 Zuckerkranken auf seiner Abteilung mit Insulin zu behandeln Gelegenheit hatte.

Wie sich aus diesen beiden Vorträgen ergab, sind bisher eine ganze Reihe von Insulinpräparaten hergestellt worden, ein amerikanisches, ein englisches, zwei dänische und zwei österreichische. Von den beiden österreichischen wird das eine in flüssiger Form und das andere in Tablettenform in den Verkehr gebracht, und es zeigte sich, daß beide Präparate gewisse Vorteile haben. Das flüssige Präparat wird leicht vom Körper aufgenommen und ruft rasch seine Wirkung hervor, die aber schnell wieder vorbeigeht. Das in Tablettenform hergestellte Präparat ist ähnlich wie die beiden dänischen Präparate im Wasser schwer löslich, kann nur in fein verteilter Form unter die Haut gespritzt werden, kommt deshalb etwas langsamer zur Wirkung, ist aber in seiner Beeinflussung des Organismus etwas nachhaltiger.

Die Vortragenden hoben hervor, daß die Insulinbehandlung heute noch mit hohen Kosten verbunden sei, so daß die Wohltat dieser Behandlung eigentlich nur den Gutgestellten zuteil werden könnte, und mit Recht wurde die Anregung gegeben, daß sich eine private Wohltätigkeitsaktion dafür einsetzen möge, die Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Krankenhäuserverwaltungen entsprechende Mengen des neuen Präparats zugänglich zu machen. Die beiden österreichischen Fabriken, die sich mit der Herstellung des Insulins beschäftigen, haben große materielle Opfer gebracht, um die Präparate herzustellen und um den Wiener Krankenhäusern genügende Versuchsmengen zur Verfügung stellen zu können.

Aus den bisherigen Ergebnissen geht hervor, daß das Insulin nicht bloß den Zuckergehalt des Blutes und damit die Zuckerausscheidung im Harn rasch herabsetzt, sondern daß es auch den Wasserhaushalt des Organismus in günstiger Weise beeinflusst, ja daß es eine günstige Wirkung auf den allgemeinen Zustand des Körpers hervorruft, die nicht bloß auf die Herabsetzung des Blutzuckers zurückzuführen ist, weil sie schon zur Erscheinung kommt, wenn die

Zuckerausscheidung noch keinerlei Aenderung erfahren hat; zweifellos hängt ein Teil der Insulinwirkung auch mit Veränderungen des Leberkreislaufes zusammen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen ferner, daß leichte Fälle von Zuckerkrankheit die Insulinbehandlung nicht brauchen, daß aber bei schweren Komplikationen, bei Zuckerbrand, bei septischen Erkrankungen und im diabetischen Koma das Insulin in außerordentlich großen Dosen lebensrettend wirkt, und daß die Einführung dieser Behandlung einen enormen Fortschritt bedeutet. Freilich darf man auf die genaueste Einstellung der diätetischen Behandlung nicht verzichten, bei Komatösen dürfte sich eine knappe Diät, bei septischen Prozessen eine reichliche Ernährung als zweckmäßig erweisen, und auch als Nachbehandlung scheint eine reichliche Nahrungszufuhr am Platz zu sein. Die mitgeteilten Krankengeschichten beweisen, wie schwer abgemagerte und kraftlos gewordene Diabetiker unter der neuen Behandlung in wenigen Wochen aufblühen, und wie mit Hilfe des Insulins Menschenleben, die bereits als verloren hätten angesehen werden müssen, gerettet werden konnten.

Mit großem Beifall wurde die Aeußerung des einen Vortragenden aufgenommen, daß sich in den letzten Jahren gerade in Wien die Behandlung der Stoffwechselförungen zu großer Blüte entwickelt habe und daß die Insulinbehandlung eine weitere Stufe in der Renaissance der Diabetestherapie hervorgerufen werde. Die Wechselrede, für die bereits vier Redner gemeldet waren, wurde wegen der vorgerückten Stunde für die nächste Sitzung verschoben.

Die Wohnungsfürsorge der Bundesregierung. Ueber fünfhundert Wohnungen bereits geschaffen. Ueber zweihundertfünfzig neue Wohnungen für die allernächste Zeit gesichert.

Wien, 19. Oktober.

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Erzielung der äußersten Oekonomie in der räumlichen Unterbringung aller Dienststellen des Bundes und zur Beschaffung von Wohnungen für Bundesangestellte, die nach den Anregungen und Vorschlägen des Ersparungskommissärs der Bundesregierung teils bereits durchgeführt wurden, teils in Durchführung begriffen sind, haben auf dem Wohnungsmarkt eine wesentliche Erleichterung gebracht. Aus der Zusammenstellung dieser Maßnahmen ergibt sich, daß über fünfhundert Wohnungen bereits geschaffen wurden und mehr als zweihundertfünfzig weitere Wohnungen für die allernächste Zeit gesichert sind, überdies eine große Anzahl von Räumlichkeiten für dringendste Zwecke der Wissenschaft, der Industrie, des Handels und des Gewerbes nutzbar gemacht wurden. Dabei ist hervorzuheben, daß die Schaffung dieser Wohnungen die Bundesregierung

An die Frauen Wiens!

Mitbürgerinnen!

Am 21. Oktober ist Wahltag. Wählt gut! Wählt so, daß Ihr einst vor Euren Kindern verantworten könnt, wie Ihr gewählt habt!

Gut wählen, heißt diesmal für Kandidaten stimmen, von denen Ihr sicher seid, daß sie:

1. das Werk von Genf, das Werk des Wiederaufbaues, tatkräftig fördern und zu einem guten Ende führen werden;
2. bei der Durchführung des Genfer Programms dafür sorgen werden, daß der Grundsatz der Opfergleichheit endlich verwirklicht wird, daß also nicht der größte Teil der erforderlichen Opfer vom städtischen Bürgertum aufgebracht werden muß, während andere Schichten der Bevölkerung weit unter ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden, wie es bisher gehalten worden ist;
3. in allen politischen und kulturellen Fragen nicht den Geist des Hasses, sondern den Geist des Friedens und der Versöhnung, nicht den Geist der Unuldamsamkeit, sondern den Geist der demokratischen Gleichberechtigung, nicht den Geist des Rückschrittes, sondern den Geist freier Entwicklung bewahren und betätigen werden.

Gut wählen heißt also, die Kandidaten der **bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei** wählen!

Mitbürgerinnen! Wählt gut!

Marianne Hainisch.

in keiner Weise belastet und daß bei Vergebung von solchen Wohnungen an Bundesangestellte, deren Wohnungen in ihrem früheren Dienstorte sowie die von ihnen etwa im neuen Dienstorte vorläufig gemieteten Wohnungen für den allgemeinen Wohnungsbedarf verfügbar werden. Die kostenlose Beschaffung einer so erheblichen Zahl von Wohnungen wurde dadurch ermöglicht, daß bei der räumlichen Neuordnung der Bundesdienststellen die in Gebäuden des Bundes und Privathäusern freigelegten Räume, die nur mit einem unverhältnismäßigen Kostenaufwand für Wohnungszwecke adaptierbar gewesen wären, ganz oder teilweise an Bank- und Industriegesellschaften sowie an Einzel-firmen für Bureauzwecke vermietet wurden, wobei diese Mieter namhafte Beträge zur Bestreitung der im Zuge der ganzen Aktion erwachsenden Uebersiedlungs- und Adaptierungsarbeiten zu zahlen, die bisher als Bureau-räume benützten Privatwohnungen dem Ersparungskom-missär oder dem Mietamte für Wohnzwecke von Bundes-angestellten zur Verfügung zu stellen und überdies die Ver-pflichtung zu übernehmen hatten, mindestens 30 Prozent ihres jeweils auftretenden Personalbedarfes bei der Stellen-bermittlung des Ersparungskommissärs für abgebaute Bundesangestellte zu decken.

In Wien war die räumliche Zusammenlegung der Bundesministerien und die konzentrierte Unterbringung der Nebenämter geeignet, diesen Plan zu verwirklichen, und tatsächlich konnten in den Ge-bäuden, die früher Amtsräume der Ministerien beherbergten, hundertfünfzig Wohnungen gewonnen und achtundsechzig Räume für anderweitige wirtschaftliche Zwecke verfügbar gemacht werden. So wurden in den Gebäuden Elisabethstraße 7 und 9, Nibelungengasse 4 acht, Gaunerannengasse 2 bis 4 sechs, Neu-baugürtel 38 elf, Mariahilferstraße 85 zwei, Urban Loriz-platz 1 fünf, Heinestraße 1 bis 3 und Alliiertenstraße 5 fünfundsünfzig, Althanplatz 1 bis 3 dreiundvierzig, Techniker-strasse 5 acht, Stollgasse 12 zwölf Wohnungen geschaffen, die sich als Ergebnis der Unterbringung des Ver-kehrsministeriums im Kriegsministerial-gebäude auf dem Stubenring darstellen.

Die Verlegung des Bundeskanzler-amtes auf den Ballhausplatz und die Zusammenziehung der Ministerien für Justiz und Inneres mit dem Bundeskanzleramte brachte sieben Wohnungen in Privathäusern, die bisher von Industriegesellschaften belegt waren, und zwölf Wohnungen am Schillerplatz 4, die Heranziehung von anderthalb Stockwerken des Schrammen-gebäudes auf dem Hohen Markt für Wohnzwecke, dann acht Wohnungen in der Liebiggasse 5, fünf Wohnungen in der Gumpendorferstraße 63, sechzehn Wohnungen in der Argen-tinerstraße 42 und Türkenstraße 4. Die überwiegenden Teile des Gebäudes des Handelsministeriums in der Porzellangasse und Liechtensteinstraße werden gegen Ende des Jahres nach Uebersiedlung dieses Ministeriums auf den Stubenring zu Wohnungen für Bundesangestellte umge-arbeitet werden. Weiter werden in der Wiberstraße 2 und 4 vier Wohnungen und durch die Konzentrierung der Dienst-stellen für Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen in der Dörfelgasse 14, Penzingerstraße 84 und Rotenlöwengasse 5 vierundzwanzig Wohnungen verfügbar. Der Abbau des Finanzministeriums ermöglichte die Schaffung von zwei Wohnungen in der Annagasse 5 und fünf Woh-nungen in der Seilerstätte 22, ferner eine Wohnung in der Pegelgasse 14. Aus den Räumen der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung in der Laborstraße 18 konnten neun Wohnungen geschaffen werden. Weitere Woh-nungen wurden gewonnen: im Augartenpalais sieben, Schwedenplatz, Stiftungshaus, drei, Währingerstraße Nr. 194 und Willrothstraße 28 zwölf, Schönbrunnerstraße, Kavalleriekaserne, zwei, Hainburgerstraße 34 bis 36 acht-zehn, im Hauptamt drei.

In nächster Zeit werden durch die fortgesetzte Aktion zur Erzielung von Raumökonomie geschaffen werden: in der Klostergasse (Steueradministration) zehn, in der Donmayer-gasse (Polizeikommissariat) das ganze Haus, in der Holz-manngasse 10, dreißig Zimmer für die Unterbringung obdachloser Studenten der Wiener Hoch-schulen, Felberstraße 2 (Bundesbahndirektion) und West-bahnhof zwölf, in den Baracken des ehemaligen Offiziers-kriegshospitals in Simmering siebzig Wohnungen. Die meisten dieser Wohnungen wurden im Einvernehmen mit dem Wohnungsamte zur Unterbringung von Bundes- oder Stüt-bahnangestellten verwendet. Im Zuge der Reorganisation der Bundesbahndirektion Nordost wurden in den Häusern Holzhausergasse 1, Mühlfeldgasse 15 bis 17, Laborstraße 68 bis 70, Pfarrgasse 28 bis 30, Treustraße 31, Ditscheinerstraße 2 bis 4 und in den Bahnhöfen ins-gesamt hundertsechzig Wohnungen für Bundesangestellte geschaffen.

Erwähnenswert ist, daß bei dieser Aktion auch dem Raumbedürfnis der Wiener wissenschaftlichen Institute nach Möglichkeit Rechnung getragen wurde, indem der Wiener Universität am Schillerplatz 4 für zwei wissenschaftliche Institute, in der Liebiggasse 5 zwei Stockwerke für die Aufnahme von Instituten, der Tech-nischen Hochschule im ehemaligen Militärtechnischen Komiteegebäude auf dem Getreidemarkt zur Installation der Lehrkanzeln der Professoren Fikes, Straube und Abel nebst den bereits früher dieser Hochschule übergebenen Sälen und Zimmern zur Verfügung gestellt werden konnten. Außerdem wurde im Josefinum in der Währinger-strasse der bisher von der Verwaltungsstelle der Wiener Hochschulen benützte Raum der Universität für wissenschaftliche Zwecke überlassen und das ehemalige Garnison-s-pital in den Senfengasse zur Unterbringung des Archäologischen Instituts verwendet, wodurch das Prähistorische Institut in der Wasagasse den dringenden erhöhten Raumbedarf befriedigen kann. In dem ehemaligen Garnisonsspitalgebäude wird auch noch ein zweites Studentenheim untergebracht.

In St. Pölten wurden in den Amtsgebäuden drei Wohnumgelegenheiten, in der Tullnerkaserne zehn Klein-

Telephonnummern der „Neuen Freien Presse“

Zentrale: I., Fichtegasse 11.

Redaktion	57-5-65 Serie
Zusatzabteilung	10-88
Administration	70-24

Ankündigungsbureau, I., Wollzeile 20	} 75-4-43
Stadt-Expedit, I., Wollzeile 20	
Kleiner Anzeiger, I., Schulerstraße 1-3	

gasse, Burggasse untergebrachten Stellen der Landes-regierung entfernt und die Räume dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Zwei weitere Privatgebäude, die heute von der Post- und Telegraphendirektion belegt sind, sowie die Räume des Invalidenheimes werden gleichfalls zu Wohnzwecken adaptiert und damit hundert Wohnungen ge-wonnen werden. In Klagenfurt konnten zehn, in den anderen Landeshauptstädten zwischen vier und sechzehn Wohnungen für Bundesangestellte gewonnen werden.

Mit der Fortführung der Verringerung und der Zu-sammenlegung bundesstaatlicher Dienststellen wird die Be-schaffung weiterer Wohnungen ohne Kostenaufwand für den Bund möglich sein.

Die Verhandlungen über die Kommunalisierung der Stadtbahn.

Wir haben bereits gemeldet, daß der Beginn der Ver-handlungen über den Antrag der Gemeinde, die Stadtbahn zu elektrifizieren und in den eigenen Betrieb zu übernehmen, für Montag anberaumt worden ist. Nach der heute ver-öffentlichten Entscheidung der Generaldirektion der Bundesbahnen, die dem Projekt der Gemeinde als einer, wenn auch nicht vollkommenen Lösung des Problems zustimmt, ist zu erwarten, daß diese Verhandlungen einen glatten und raschen Verlauf nehmen werden. Diese Hoffnung drückt auch der Verkehrsminister Dr. Schürff in einem Schreiben aus, das er heute in dieser Frage an Bürger-meister Neumann gerichtet hat und in dem er die schein-bar verspätete Entscheidung damit begründet, daß die Bundesbahnen vorher erst ein zweites Projekt prüfen mußten, das auch die Funktion der Stadtbahn als Anschlußbahn an einige der in Wien einmündenden Hauptbahnen mehr in Betracht zog als der ausschließlich dem innerstädtischen Ver-kehr dienende Vorschlag der Gemeinde.

Das Schreiben des Verkehrsministers an den Bürgermeister.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Mit dem sehr geschätzten Schreiben vom 15. d. haben Sie die außerordentliche Dringlich-keit betont, welche der Entscheidung über das an die Kommission für Verkehrsanlagen gerichtete Angebot der Gemeinde Wien wegen Uebernahme der Wiental-, Donaukanal- und Gürtellinie der Wiener Stadtbahn in den Gemeindebetrieb und Einführung der elektrischen Traktion zukommt, und die baldigste Uebergabe der in Betracht kommenden Linien verlangt.

Indem ich die große Wichtigkeit des Projektes der Gemeinde Wien voll anerkenne, da es geeignet ist, nicht nur die gegen-wärtigen Verkehrsverhältnisse der Stadt Wien zu verbessern, sondern auch durch die mit der Elektrifizierung der Stadtbahn verbundenen Herstellungen und Lieferungen neue Arbeitsgelegenheiten für die Arbeiter-schaft und die Industrie zu schaffen, beehre ich mich, Ihnen nachstehende Mitteilung zu machen:

Das erwähnte Angebot, das in den letzten Augusttagen beim Ministerium für Handel und Verkehr einlangte, wurde sofort in Behandlung gezogen. Nachdem die Begutachtung des Projektes sowohl vom bau- und betriebstechnischen als auch vom kommer-zialen, finanziellen und juristisch-administrativen Standpunkte aus zu erfolgen hatte, somit eine große Zahl von Dienststellen mit den einschlägigen Arbeiten zu befaßen war, wurden die Arbeiten über meinen Auftrag mit der größten Beschleunigung und auf dem kürzesten Wege durchgeführt. Es waren hierbei nicht nur nachträgliche Ergänzungen der vorgelegten Befehle durch die Gemeinde Wien unbedingt erforderlich, sondern es war auch not-wendig, Detailstudien seitens der betriebsführenden Bundesbahn-direktion Wien-West durchführen zu lassen. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten konnten die Arbeiten im Bundesministerium für Handel und Verkehr in den ersten Oktobertagen abgeschlossen werden.

Da aber die Stadtbahnlinien ihrer ganzen Anlage nach nicht nur dem innerstädtischen Verkehre allein zu dienen bestimmt sind, sondern durch sie vielmehr auch der Be-trieb der anschließenden Bundesbahnen in sehr weitgehendem Maße beeinflusst wird, so war es unvermeidlich, vorher noch die Ueferung der Generaldirektion der Oesterreichischen Bundesbahnen über dieses Projekt einzuholen. Gleich nach dem Inslebentreten der Neuorgani-sation des Bundesbahnbetriebes habe ich die genannte General-direktion zur Stellungnahme eingeladen. Nunmehr hat diese bekanntgegeben, daß sie von ihrem Standpunkte der Verpachtung der Stadtbahnlinien an die Gemeinde Wien zu stimmt, sofern über die Details des Pachtvertrages, insbesondere auch über die Dauer desselben, ein Einvernehmen erzielt wird. Da nun aber außer der Herstellung dieses Einvernehmens auch noch klar-gestellt werden muß, unter welchen Bedingungen und Modalitäten die Kommission für Verkehrsanlagen, welche die Eigentümerin und Konzessionärin der Wiener Stadtbahn-linien ist, in die Lage versetzt werden kann, in rechts-gültiger Weise über das Angebot der Ge-meinde Wien zu beschließen, so lade ich Sie hiemit ein, zu einer Montag den 22. Oktober 1923, 11 Uhr vormittags, im Bundesministerium für Handel und Verkehr (I. Bezirk, Stubenring, I. Stock, Tür 20) stattfindenden Besprechung Ihre Vertreter zu entsenden.

Da an dieser Verhandlung auch die Vertreter der General-direktion der Oesterreichischen Bundesbahnen teilnehmen werden, kann eine abgeordnete Verhandlung mit dieser Direktion ent-fallen. Wollen Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dem Vor-stehenden entnehmen, daß ich die außerordentliche Bedeutung des Angebotes der Gemeinde Wien voll würdige und alles Zweck-dienliche veranlaßt habe, um die Angelegenheit möglichst bald zum Abschluß zu bringen.

Abschluß kommen mögen, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung Schürff e. h.

Der Kampf für die Erleichterung des Paß-visumzwanges.

Der Standpunkt des Handelsministeriums.

Handelsminister Dr. Schürff hat in einer seiner letzten Wählerversammlungen mit Bezugnahme auf eine vor einigen Tagen veröffentlichte Mitteilung über den Visum-zwang folgende dem tatsächlichen Stande entsprechende Auf-klärungen gegeben:

Der derzeitige Stand der Frage.

Die Frage der Erleichterung des wirtschaftlichen Reiseverkehrs hat das Handelsamt bereits im Kriege und auch seither unablässig beschäftigt und es ist für einen Abbau der bestehenden Schwierigkeiten jederzeit entschieden eingetreten. Es hat energisch den Standpunkt eingenommen, daß den in- und aus-ländischen legitimen Wirtschaftskreisen ein von allen Schwierigkeiten und Schi-kanen möglichst freier Reiseverkehr ge-währleistet werden muß. Die jahrelang fortgesetzten Bemühungen des Handelsamtes haben denn auch auf diesem Gebiete eine ganze Anzahl namhafter Fortschritte geschaffen.

Bereits vor der Grazer Paßkonferenz im Januar 1922, bei der mehrere Anregungen des Handels-amtes berücksichtigt wurden und wo bekanntlich wesentliche Erleichterungen im Verkehre mit den dem Grazer Ab-kommen beigetretenen Staaten erzielt wurden, hat das Handelsamt erfolgreich für die Herabsetzung der Paßgebühr und für die weitestgehende Erteilung langfristiger (Dauer-) Sichtvermerke gewirkt. Auch wurde dem Reiseverkehre der Handlungstreisenden die ihm zukommende Be-deutung beigegeben und in zahlreichen Handelsver-trägen die Vereinbarung durchgesetzt, daß Handlungs-reisende, die sich mit einer ordnungsmäßigen Gewerbe-legitimationskarte ausweisen, das Ein- und Durch-reisevisum ohne Verzögerung erhalten.

In der Erwägung aber, daß die wirtschaftliche Stagnation und namentlich die Schwierigkeiten, unter denen das Exportgeschäft durch die Absperrung vieler ausländischer Staaten leidet, wohl in erster Linie durch die ehefte Wieder-herstellung vollkommener Verkehrsfreiheit wirksam be-kämpft werden, vermochte das Handelsamt auch das Er-gebnis der Grazer Paßkonferenz nicht als ein auf die Dauer befriedigendes zu betrachten. Mit der Schaffung mög-lichster Verkehrsfreiheit allen Staaten voranzugehen, erschien vom Standpunkte der Förde-rung unserer Produktion und unseres Exports von größter Bedeutung, da gerade der ausländische Kaufmann in einem Staate, wo mit den Ueberresten kriegs- und nachkriegswirt-schaftlicher Beschränkungen rasch und energisch aufgeräumt wird, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche und reibungs-lose geschäftliche Betätigung natürlich weit eher gegeben erachtet als andernwärts. Dem Verkehre aber folgt der Handel, aus dessen Belebung ebenso wie aus der Hebung des Fremdenverkehrs alle Wirtschaftskreise Nutzen ziehen.

So hat denn das Handelsamt in seinen Bemühungen nicht nachgelassen, die aus der Kriegszeit stammenden und wohl nicht mehr aktuellen, den Verkehre wesentlich behindernden Kontrollmaßnahmen zu bekämpfen. Erst kürzlich gelang es dem Handelsamte, seinen wiederholten Vorstellungen wegen Abstellung der Reiseschwierigkeiten an den österreichisch-deutschen Grenzstationen Gehör zu verschaffen, so daß dort seit Anfang Oktober 1923 die Handgepäck- und Paß-kontrolle im Zuge durchgeführt wird. Hiemit sind die namentlich beim Grenzübergritte in Passau jahrelang in Geltung gewesen und so oft mit Recht gerügten Schwierigkeiten hoffentlich für immer beseitigt.

Auch die Wiener Messeveranstaltung bot dem Bundesministerium für Handel und Verkehr Anlaß, den ausländischen Teilnehmern und Besuchern dieser all-jährlich zweimal stattfindenden Schauausstellung von Oester-reichs industriellem und kommerziellem Wiedererstarben Erleichterungen bei der Einreise zu erwirken. Zunächst wurde die Ermäßigung der Paßvisa-gebühren auf die Hälfte und weiter auch die grundsätzliche Erteilung des Sichtvermerkes auf einen längeren Zeitraum durchgesetzt. Für die nächste Frühjahrsmesse konnte aber bereits die grundsätzliche Zu-stimmung des Bundeskanzleramtes erreicht werden, daß den Besuchern aus dem Auslande die Einreise schon auf Grund des Messeausweises ohne gesonderte Einholung eines Sicht-vermerkes ermöglicht werden soll. Die auf die Hälfte er-mäßigte Paßgebühr wird bei Lösung des Messeausweises erlegt werden können, so daß den Messebesuchern die Ein-holung des Sichtvermerkes bei unseren ausländischen Ver-tretungen erspart bleibt.

Darüber hinaus bleibt das Handelsamt bestrebt, einen Weg zu finden, der es den ausländischen Geschäftsleuten ermöglichen soll, ohne all die Schwierigkeiten und Zeitverluste nach Oesterreich zu kommen, die nun einmal mit der Einholung eines Sichtvermerkes auch bei größtem Ent-gegenkommen unserer Paßstellen verbunden sind. Jeden brauchbaren Vorschlag in dieser Richtung wird das Bundesministerium für Handel und Verkehr im Rahmen seines Wirkungsbereiches auf das nachdrücklichste unter-stützen.

Erste österreichische Segelflugwoche.

Seute keine Flüge.

Wegen ungünstiger Windverhältnisse fanden heute auf dem Wachberg keine Flüge statt. Die gestern gelösten Karten zum Betreten des Fluggeländes haben Samstag Gültigkeit. Der Flugplatz wies heute einen außerordentlich starken Besuch auf. Es fanden Demon-strationsvortrüge statt, welche vom Publikum mit leb-haftem Interesse aufgenommen wurden.

Mit Rücksicht auf die sonntägigen Wahlen verkehrt außer dem normalen Sonderzug um 7 Uhr 50 Minuten noch